

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 30 / 08. SEPTEMBER 23

BENEFIZ-QUIZ-SHOW

FÜR DIE STÄNDERATSKAMPAGNE VON DANIEL LEUPI
DONNERSTAG, 14. SEPTEMBER, 20 UHR IM KULTURPARK

Mehr Infos und Anmeldung:
danielleupi.ch



artstock.net



IM GESPRÄCH

Wenn sich Mieter:innen und Aktivist:innen vernetzen

SEITEN 12 – 13

Bild: Lara Blatter

NATIONALE WAHLEN 2023

**Die Grünen im Kampf
gegen das Umfragetief**

S. 16 – 17

MASTERPLAN WOLLISHOFEN

**Freiräume statt
Wohnungen**

S. 11, 15

«STRANGER IN THE VILLAGE»

**Stimuliert zugleich
Intellekt und Empathie**

S. 23

Eppur si muove

Es ist die Antwort auf laut gewordene Vorwürfe, ergo der Lakmüstest, inwiefern ein Entgegenkommen überhaupt auf eine Bereitschaft zur Versöhnung stösst. «Das Leben des Galilei» entspricht also präzise der Gretchenfrage im aktuellen Theater ums Theater: Kommt das altgediente Publikum aus den kolportierten Gründen nicht mehr oder widerspiegelt der Liebesentzug vielmehr einfach eine Machtdemonstration? Auf der Bühne jedenfalls duelliert sich eine unverrückbare Tatsache mit einem übermächtigen Dogma. Ein trefflicher Auftakt zu einer letzten Spielzeit, nicht allein, weil die Premiere exakt 80 Jahre nach Bert Brechts Uraufführung auf denselben Brettern spielt. Angekündigt ist ein als werktreu erkennbarer Klassiker mit einem aus Publikumsliebungen bestehenden



(Bild: Philip Frowein)

Ensemble und einer Spieldauer, die das Eintrittsinvestment quantitativ abgibt. Die insgeheimere Hoffnung beruht darauf, dass das längst nicht alles ist... froh.

«**Leben des Galilei**», ab Sa, 9.9., 19.30h, Schauspielhaus, Zürich.

Symbiose

Nanoplastik, also Partikel in der Dimension von einem millionstel Millimeter, sind so schwierig wahrnehmbar darzustellen, weshalb die Cie. O. um Marie Alexis das zeitgleich geniale wie auch problematische Erdölprodukt raumfüllend ein-



(Bild: Pascale Lustenberger)

setzt. «Living Matter(s)» stellt sich Fragen zum menschlichen Umgang damit und wie sich die langjährige Gedankenlosigkeit damit unlängst in eine Konkurrenz um Lebensraum verkehrt hat,

worüber die Choreographie in Richtung eines utopieähnlichen Lösungsansatzes tendiert: Vielleicht wäre die menschliche Anpassungsfähigkeit gut damit beraten, sich vergleichbar mit dem Reparaturgedanken eines Cyborgs als technisch verändertes biologisches Lebewesen hinsichtlich der augenscheinlich unaufhaltbaren Verbreitung und auch physischen Durchdringung von Plastik eine vergleichbare Taktik zunutze zu machen und sich aktiv darauf einzulassen, eine symbiotische Verbindung damit einzugehen. froh.

«**Living Matter(s)**», Di, 12. bis So, 17.9., 20h (So, 18h), Tanzhaus, Zürich.

Fertig lustig

Eben noch dominierte das Grochsen über die lähmend warmen Temperaturen jedwede Konversation, derweil sich rein kalendarisch-meteorologisch die Zeiten nähern, in denen das ewige Nasskaltgrau die Sommerhitze als Anlass für Unmutsbekundungen schon wieder verdrängt. Openair war gestern, das ist auch dem Barfuss-



bar-Team klar, weshalb es die Saison mit einer Ode an die Weltsprache Französisch beschliesst: Moira, bürgerlich Carola Wirth, verabschiedet mit einem Konzert ihrer Lieder auf dem Album «L'île du bonheur» den Sommer und nährt, ganz Alltagsdilemma, schon wieder die gerade zurückliegend genossenen Sehnsüchte nach Reisen, Langsamkeit, Lebensfeiern, kurzum dem Gefühl einer entschleunigten Gelassenheit bei grösstmöglicher Entdeckungsoffenheit. Ihre Auftritte werden auch mit einem musikalischen Schlendern über Allerleimärkte beschrieben, auch als Inbegriff für leichtfüssige Unbeschwertheit bekannt. froh.

Moira: «**L'île du bonheur**», Mi, 13.9. 20h, Barfussbar, Frauenbadi, Zürich.

Ganzkörperempfindung

Gemeinhin gehört ein abwehrendes Winken in Kombination mit einem eilends formulierten «kä zyt» zur Beschreibung eines Unruhestandes, der notgedrungen oder kommerziell impliziert allein mit positiv konnotierten Prädikaten in die öffentliche Wahrnehmung drängt, derweil es eine kritisch-wache Selbstverortung vorwiegend nach Nuancierungen drängt. Isolde Schaad (*1944) nennt

ihren jüngsten Erzählband «Das Schweigen der Agenda. Geschichten vom Innehalten und Aufhören» (Limmatverlag 2023, 160 S., 30 Fr.), was weniger Lebensresumé denn eine kontinuierlich fortgeführte Jetztzeitreflektion verspricht.

«Wenn die Endlichkeit an die Tür klopft, wird das Nichtmehr zur schmerzhaften Ganzkörperempfindung», weiss die Ankündigung und attestiert der Autorin gleichbleibend «maliziösen Humor und menschenfreundliche Ironie». Oder: Denken mit Überraschungseffekt. froh.

Isolde Schaad: «**Das Schweigen der Agenda. Geschichten vom Innehalten und Aufhören**», Do, 14.9., 19.30h, Literaturhaus, Zürich.



Isolde Schaad (Bild: Aysé Yavas)

Pixelarchiv

Luna Mahoux (*1996) wurde dieses Jahr zu den zehn aufstrebenden belgischen Fotograf:innen im Förderprogramm «tiff» des Fotomuseums Antwerpen erkoren, auf die mit Ausstellung, Publikation und Vernetzungshilfen aufmerksam gemacht wird. Seit ihrer Jugend sammelt sie in den sogenannten Sozialen Medien und auf Youtube Bilder von Schwarzen Personen, was seither zu einem regelrechten Pixelarchiv angewachsen ist (häufig von mangelhafter Auflösung/Qualität). Daraus lassen sich sowohl soziologische wie popkulturelle



Luna Mahoux (Bild: RTC Tele Liège)

Entwicklungen ablesen. In ihrer Winterthurer Einzelausstellung «Stars will light a way» fokussiert Luna Mahoux ihren Blick auf Rapmusiker:innen, deren Bilder sie manipuliert, vergrössert und daraus Tendenzen in der Selbstwahrnehmung und -inszenierung extrapoliert. froh.

Luna Mahoux: «**Stars will light a way**», 15.9. bis 16.11., Raum für Fotografie, Coalmine, Winterthur. Vernissage: Do, 14.9., 18.30h, ebenda. Anschl., um 22h, Rapkonzerte, Popup im Kunsthausrestaurant, Zürich.

«Die Europapolitik ist eines meiner Steckenpferde»

Wie bereits 2019 kandidiert GLP-Nationalrätin Tiana Angelina Moser auch dieses Mal für den Ständerat. Was sie an der kleinen Kammer reizt und was sie dort gern erreichen möchte, erklärt sie im Gespräch mit Nicole Soland.



Sie haben bereits vor vier Jahren für den Ständerat kandidiert, ohne Erfolg: Warum versuchen Sie es erneut?

Tiana Angelina Moser: Damals hatten wir eine andere Ausgangslage, es wurde kein Sitz frei. Ich bin seit bald 16 Jahren Nationalrätin und seit über zwölf Jahren Fraktionspräsidentin. Ich bin eine der erfahrensten Zürcher:innen im nationalen Parlament, und ich bin breit vernetzt. Beides käme mir als Ständerätin zugute. Gleichzeitig hat man in der kleinen Kammer eine andere Rolle als in der grossen: Es geht darum, die Interessen seines Kantons in den Vordergrund zu stellen. Das reizt mich, und zudem entspricht es mir als Vertreterin der politischen Mitte, mit Vertreter:innen aller Lager zu reden und im Hintergrund gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Was missfällt Ihnen denn daran, im Vordergrund zu stehen?

Nichts! Ich habe kein Problem damit, vor Kameras zu treten und in der Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Doch was mich dazu antreibt, Politik zu machen, ist das Inhaltliche: Wenn wir uns von links bis rechts zuhören, austauschen und gut zusammenarbeiten, finden wir gemeinsam Lösungen, mit denen alle leben können.

Sie machen also im Nationalrat weiter, falls es mit dem Ständerat nicht klappen sollte?

Die Politik macht mir nach wie vor extrem Freude, und deshalb möchte ich meinen Einfluss künftig gern als Vertreterin des Kantons Zürich geltend machen. Zurzeit konzentriere ich mich deshalb ganz auf den Wahlkampf.

Sie haben sich im Nationalrat als Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission profiliert, dort haben Sie Einfluss und werden gehört: Warum setzen Sie diese erfolgreiche Arbeit nicht einfach fort?

Als ich Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats war, habe ich mich regelmässig mit meinem damaligen Pendant im Ständerat Damian Müller ausgetauscht. Mein Beziehungsnetz geht nicht verloren, wenn ich in die

kleine Kammer wechsele. Ich bin auch als Ständerätin immer noch in Bundesbern tätig, und es gehört nach wie vor zu meinem Job, den Austausch sowohl mit dem Bundesrat als auch mit der Verwaltung zu pflegen. Es geht ja nicht um ein Exekutivamt: Trotz seiner anderen Rolle ist der Ständerat genauso Teil der Legislative wie der Nationalrat.

Was braucht der Kanton Zürich aus Ihrer Sicht, wofür würden Sie sich im Ständerat einsetzen?

Der Kanton Zürich ist der bevölkerungsreichste Kanton, er ist bekannt für Innovationen, vor allem aber ist er ein Wirtschaftskanton. Als solcher ist eine gute Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn für den Kanton Zürich noch wichtiger als für andere Stände. Die Europapolitik ist eines meiner Steckenpferde. Ich bin überzeugt, dass wir unsere Beziehungen zu Europa auf eine stabile Basis stellen und ständig weiterentwickeln müssen.

Will heissen, wir brauchen ein Rahmenabkommen mit der EU?

Ohne Vernetzung in Form eines institutionellen Abkommens wird die Lage des Kantons Zürich schleichend ungemütlicher. Er leidet im Forschungs- und Bildungsbereich bereits heute unter Nachteilen. Das fehlende Abkommen zu den Medizinalprodukten ist nicht nur ein Branchenproblem: Die Schweiz hat keinen Zugang zu den entsprechenden Datenbanken der EU. Wird also beispielsweise eine neue Nebenwirkung eines Medikaments entdeckt, das auch in der Schweiz verkauft wird, fehlt uns diese Information. Oder nehmen wir das Beispiel der Energieversorgung: Wegen des fehlenden Stromabkommens ist unsere Versorgungssicherheit gefährdet. Um diese Gefahr möglichst gering zu halten, müssen wir zusätzlich Geld für eine Stromreserve in die Hand nehmen. Das wiederum verteuert den Strom.

Zu letzterem passt der neuste Bericht der eidgenössischen Finanzkontrolle wie die Faust aufs Auge,

demgemäss der Bund angeblich zu viel Geld für die Förderung von zu wenig effizienten Photovoltaikanlagen ausgibt...

Mit wäre es lieber, wenn mehr mit Anreizmechanismen gefördert würde als mit Subventionen. Doch der Souverän hat das CO₂-Gesetz abgelehnt, das vermehrt auf Anreize setzte. Umgekehrt ist auch klar, dass sich Mitnahmeeffekte nie ganz ausschliessen lassen: Deshalb die Photovoltaik nicht mehr zu fördern, wäre der falsche Ansatz.

Die Hausmacht der GLP reicht nicht für Ihre Wahl. 2019 landeten Sie hinter der Grünen Marianna Schlatte auf dem fünften von sieben Plätzen: Wer soll Sie wählen, und warum?

Ich kenne die Anliegen vieler Mittelstandsfamilien im Kanton Zürich aus meinem eigenen Leben. Viele Familien sehen sich mit der Tatsache konfrontiert, dass es sich finanziell nicht lohnt, wenn beide Elternteile arbeiten, wenn Kita-Tarife und Steuerprogression beide Einkommen durchschlagen. Der Ständerat sieht darin allerdings kein Problem – er hat die Vorlage grundlos verzögert. Als Ständerätin würde ich ein Segment der Bevölkerung vertreten, dem in der kleinen Kammer mit ihrem Frauenanteil von weniger als einem Drittel schlicht zu wenig Beachtung geschenkt wird.

Werden Sie nicht in den Ständerat gewählt und schaffen es die Grünliberalen nicht über zehn Prozent Wähler:innenanteil, wird es nichts mit einem GLP-Bundesratsitz: Kandidieren Sie vor allem Ihrer Partei bzw. deren Bundesratsambitionen zuliebe?

Ich bin überzeugt, dass mein liberales Gedankengut und meine lösungsorientierte Art zu politisieren, in vielen Themenbereichen in beiden politischen Lagern mehrheitsfähig sind. Überschneidungen mit der SP und den Grünen ergeben sich nicht zuletzt aufgrund meiner Überzeugung, dass wir die soziale Verantwortung nicht aus den Augen verlieren dürfen. Aber natürlich bin und bleibe ich eine Grünliberale. Ich stehe zu meinen Werten. Wenn Daniel Jositsch im ersten Wahlgang gewählt wird, stellt sich die Frage, wer gegen Mitte-Rechts antritt, und da sehe ich meine Chance. Es wird kein Spaziergang, aber es ist machbar. Bundesratsambitionen beschäftigen mich aktuell überhaupt nicht.

STÄNDERATSWAHLEN 2023

P.S. hat die Kandidat:innen von Links bis Mitte dazu befragt, warum gerade sie den Kanton Zürich im Ständerat vertreten sollten. Diese Woche steht Tiana Angelina Moser (GLP) Rede und Antwort.

Alter und Hass

Ohne Tamtam wählte der Kantonsrat Benno Scherrer (GLP) zum Präsidenten der PUK Datensicherheit und regelte den Altersrücktritt der Richter:innen neu. In der zweiten Hälfte des Morgens befasste er sich mit dem Hass gegen LGBTI-Menschen.

Koni Loepfe

Was schon lange klar war, wurde am Montag offiziell. Ohne Diskussion wählte der Kantonsrat Benno Scherrer zum Präsidenten der PUK (Parlamentarischen Untersuchungskommission), die die Datensicherheit im Kanton überprüfen soll. Da es dabei nicht nur um die Vorkommnisse in der Justizdirektion mit den Pannen bei der Entsorgung von Computern gehen soll, sondern auch um Praxen in allen Direktionen, lag es auf der Hand, das Präsidium an eine Fraktion zu vergeben, die nicht im Regierungsrat vertreten ist. Da mit Benno Scherrer eine Person bereit war, die als Kantonsratspräsident bewiesen hatte, dass er das kann, lag die Wahl auf der Hand. Die PUK besteht im Weiteren aus: Pierre Dalcher, Karl Heinz Meyer, Elisabeth Pflugshaupt (alle SVP), Linda Camenisch, Corinne Hoss (beide FDP), Davide Loss, Beatrix Stüssi (beide SP), Michael Bänninger (EVP), Urs Dietschi (Grüne), Yvonne Bürgin (Mitte) und Manuel Sahli (AL).

Klare Regelungen

Der Altersrücktritt von Richter:innen führte bei Rücktritts-unwilligen mitunter zu Diskussionen. Zumal eine mehr oder weniger akzeptierte Praxis, aber keine stringente gesetzliche Regelung existierte. Richter:innen werden für eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt. Wer bei der fälligen Wahl unter 65 Jahre alt war, konnte gemäss den Regeln der interfraktionellen Kommission für weitere sechs Jahre gewählt werden. Wer nur einen Tag älter als 65 war, konnte nicht wiedergewählt werden. Faktisch kam dies einer Lotterie gleich: Die einen konnten so bis 70 richten, bei anderen

Faktisch kam dies einer Lotterie gleich: Die einen konnten so bis 70 richten, bei anderen war mit 65 oder 66 Jahren Schluss.

war mit 65 oder 66 Jahren Schluss. Iso Schumacher, der ehemalige Präsident des Verwaltungsgerichts, wehrte sich aktiv gegen diese Ungleichbehandlung. Er wollte mit 67 nochmals gewählt werden, versprach, mit 70 zurückzutreten. Der Kantonsrat sagte Nein zur Wiederwahl, er ging bis vor Bundesgericht, verlor dort, wobei das Bundesgericht festhielt, dass die Regelung ungerecht sei.

Die Kantonsratskommission stellte fest, dass eine Änderung eine Verfassungsrevision nötig macht und fand, wenn schon, ändere man auch noch zwei andere Punkte: Die Aufhebung der Laienrichter und den Wohnsitz. Die unbestrittene neue Altersregelung: Ende Monat des vollendeten 68zigsten Lebensjahrs erfolgt spätestens der Rücktritt. Für ein Richteramt ist ein abgeschlossenes Jurastudium Bedingung. Eine Kontroverse gab es beim Wohnsitz von Handelsrichter:innen. SVP, FDP und Grüne fanden, die Kenntnisse des Kantons seien dafür unerlässlich und somit ein Wohnsitz im Kanton Zürich. Die andern Parteien sehen Handelsrichter:innen eher in der Rolle der Gutachter:innen und gewichteten Branchenkenntnisse höher als kantonalen Wohnsitz. Mit 95:76 Stimmen setzte sich der Heimatschutz gegen potenzielle Steuerflucht durch.

Felgenwechsel

Ohne grosse Diskussion verlängerte der Kantonsrat die Beiträge für das Winterthurer Theater und den Winterthurer Kunstverein um vier Jahre. Bei der Behandlung der Interpellation von Nina Fehr (SVP) zu den Ausschaffungen straffälliger Ausländer:innen rumpelte es zwar ein wenig, aber die Diskussion und die gegenseitigen Vorwürfe hielten sich im Rahmen. So richtig in Schwung kam der Rat bei der Behandlung des Postulats von Hannah Pfalzgraf (SP) und Mitunterzeichnerinnen der Grünen, der GLP, der AL und der Mitte, in der sie verlangte, dass der Kanton Massnahmen gegen die Hasskommunikation gegen LGBTI-Menschen prüfe und sich dabei überlege, ob damit die Gleichstellungsstelle beauftragt werden solle. Hannah Pfalzgraf führte dafür viele Paragraphen der Menschenrechte an, wies aber auch auf ganz konkrete Missstände hin: Dass etwa ein Nichtheaterpaar sich überlege, ob es Hand in Hand in der Öffentlichkeit spazieren könne, ohne beschimpft oder gar angegriffen zu werden. Zwar habe die allgemeine Toleranz für LGBTI-Menschen zugenommen, aber, so Brigitte Röösl (SP) aus langjähriger Erfahrung, gleichzeitig auch der Hass und die Bedrohung durch Einzelne oder Gruppen.

Die Regierung war bereit, das Postulat entgegenzunehmen, die SVP widersprach. Daniel Wäfler erklärte für sie, die SVP sei selbstverständlich für den Schutz aller Minderheiten. Sie finde das Postulat überflüssig, da für die Gewaltbekämpfung die Polizei bereits da sei. Sein Votum machte dann sein Parteikollege Christoph Marty kaputt. Er fand erstens, dass das Problem an den Haaren

herbeigezogen sei, es zweitens nur darum gehe, der Gleichstellungsstelle einen neuen Auftrag zu erteilen, und drittens sei heute ein Geschlechtswechsel bei den Behörden einfacher als ein Felgenwechsel beim Strassenverkehrsamt. Einen besseren Beweis für die Notwendigkeit des Postulats hätte er nicht liefern können, und da niemand von der SVP-Fraktion sich von Christoph Marty wirklich distanzierte, obwohl andere durchaus differenzierter sprachen, blieb die Fraktion im reaktionären Schmutzdeckchen sitzen. Ganz abgesehen davon, dass ihre Ablehnung der Klugheit entbehrte. Wenn man Minderheiten schützen will, sagt man ja zu einer Prüfung von Schutzmassnahmen, auch wenn man glaubt, dass diese Massnahmen kaum etwas bringen.

KANTON HILFT KONKRET

Politiker:innen wurden schon immer kritisiert, nicht immer mit gewählten Worten. Aber seit der Stammtisch sich in soziale Medien verlegt hat, ist der Ton noch härter und vor allem verbreitet er sich viel schneller und kann sich zu einem Shitstorm entwickeln, der vor Hass nur so strotzt. Ein Hass, der zudem oft anonym oder mit einer falschen Adresse versehen ist. Ganz abgesehen davon, dass niemand sich beliebige Beleidigungen und Hassattacken gefallen lassen muss, kann es auch dazu führen, dass viele darauf verzichten, sich in der Politik zu engagieren. Justizdirektorin Jacqueline Fehr will dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Zusammen mit der Kantonsratspräsidentin Sylvie Matter und dem Präsidenten der Gemeindepräsidenten Jörg Kündig präsentierte sie am Montag ein Gegenprogramm. In einer Umfrage unter Kantons- und Gemeinderät:innen wird einerseits erhoben, wie stark und wieviele von Hass und Drohungen betroffen sind, und andererseits hilft der Kanton ganz konkret. Er bezahlt die Erhebung, die es zur Abklärung einer Anzeige braucht und im Falle einer Anzeige vorerst bis Ende Jahr auch die Anwaltskosten. Ein Hauptziel dabei ist, dass nicht mehr anonym und straffrei bleibt, wer sich bei Politiker:innen leistet, was sonst strafbar ist. Selbstverständlich bleibt Kritik (sie muss nicht einmal aufbauend, sondern nur im Ton korrekt sein) erlaubt und erwünscht. *kl.*

Von Tragödie und Farce

Der Gemeinderat beriet sich am Mittwoch zu Sportplätzen, der Elektrizitätsinfrastruktur, der Haltestelle Sihlquai/Hauptbahnhof und der Kapazität der Thurgauerstrasse.

Sergio Scagliola

Es gab zum Start der Gemeinderatssitzung eine Fraktionserklärung von den Grünen. Julia Hofstetter machte auf die vermehrt ungemütliche Situation von Rentner:innen aufmerksam: Trotz des Ausbaus der beruflichen Vorsorge sei der Anteil der Rentner:innen, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, gestiegen. Die Hälfte der Ergänzungsleistungen sei aber oft direkt wieder weg, weil in den Alterszentren deutliche Mehrkosten verzeichnet werden. Dass die Kosten dank einer neuen, einheitlichen Taxregelung der Gesundheitszentren für das Alter – am Mittwoch letzter Woche vom Stadtrat beschlossen (P.S. berichtete) – steigen, sei nicht tragbar. Von der finanziellen Verschlechterung seien vor allem Frauen betroffen.

Rasensportplätze und Zuwanderung

Nach der Abhandlung von Vorstössen ohne Diskussion kamen die Parlamentarier:innen schliesslich zum Bericht der Ombudsstelle wieder zu Wort, für den sich alle herzlich bedankten – eine der interessantesten Lektüren, die man als Parlamentarier:in zu lesen bekommt, befand die AL. Und zur «Raumbedarfsstrategie Sport» wurde dann auch erstmals rege diskutiert. Die Rasensportplätze der Stadt kommen dem Nutzungsbedarf nicht nach – die Stadt hat aber auch keinen Platz respektive keine Flächen, um neue Plätze zu bauen, so die grobe Zusammenfassung des Berichts, der dem Rat als Antwort auf eine Motion vorgelegt wurde. Liv Mahrer (SP) erklärte, was die Motion fordert, sei unrealistisch. Projekte seien ohnehin geplant und neue Sportanlagen nicht inert fünf Jahren realisierbar. Gegen die Kommissionmehrheit beantragte Stefan Urech (SVP) einen Änderungsantrag: Denn Schuld, dass es kein Platz habe, sei – oh Wunder – die Zuwanderung. Der Bericht nenne diesbezüglich nur die Symptome, aber den Grund benenne nur die SVP. Die Abstimmung ging jedoch klar aus: Der Bericht wurde mit 102:13 Stimmen zur Kenntnis genommen, die Motion mit 113:10 abgeschrieben.

Dann ging es um die Elektrizitätsinfrastruktur und ihren Ausbau, einen zusätzlichen Bericht in drei Jahren und um Echtzeitdaten. Wirkliche Diskussion gab es nur wegen den Echtzeitdaten, wo, Beat Oberholzer (GLP) nannte sie «unheimliche Allianz», SVP und AL sich erstmals an diesem Abend auf derselben Seite sahen: Johann Widmer (SVP) erklärte, als in Informatik Bewandertes machten ihm die Echtzeitdaten Bauchweh. Der Datenschützer werde mitreden müssen und auch

sicherheitstechnisch sei das nicht unproblematisch. Stadtrat Michael Baumer versuchte zu beruhigen: Die Echtzeitdatengeräte würden wohl nicht flächendeckend eingebaut, das wäre sicherlich teuer, und im durchschnittlichen Haushalt würde vielleicht ohnehin nicht ständig der Echtzeitverbrauch überprüft. Der vorliegende Bericht zum Ausbau wurde zur Kenntnis genommen, ein Postulat für einen neuen Bericht im Jahr 2026 wurde überwiesen und ebenso ein Postulat zur Bereitstellung der Echtzeitdaten.

Erdbebensicherheit am HB

Die nächste Diskussion war zur Tramhaltestelle am Sihlquai, wo man sich stritt, wo sie denn hinsoll. Provisorisch ist sie an der Limmatstrasse, ursprünglich am Sihlquai, von SP, Grünen und AL aber auf der Zollbrücke gewünscht. Auch die Test-

«Das berühmte Zitat von Tragödie und Farce gilt offenbar nicht nur für weltgeschichtliche Tatsachen, sondern auch für zürcherische Tramhaltestellenprojekte.»

Michael Schmid, AL

planung zum Masterplan HB/Central befand eine Verschiebung auf die Zollbrücke als sinnvoll. Das dürfte also mittel- bis langfristig auch so passieren, nur muss die Zollbrücke bis 2025 saniert werden. Sie könnte undicht werden, Salz im Winter das Material korrodieren und ausserdem sei sie nicht mehr erdbebensicher. Eine Sanierung wäre somit also vor der Verschiebung der Tramhaltestelle nötig. Derweil hapert es bei Provisorium und altem Standort mit Barrierefreiheit. Auch hier fand sich die unheilige Allianz wieder auf derselben Seite. Bei der SVP belustigte man sich zunächst über die vielen Erdbeben, die den HB erschüttern, ihr Hauptproblem lag aber darin, dass der Autoverkehr wieder nicht mitgedacht werde, wie schon beim Masterplan, und im Zeitplan, der eine Sanierung mit gleichzeitiger Verschiebung der Tramhaltestelle ohne weitere Abklärungen nach optimalem Standort nicht erlaube. Der Zeitplan war durchaus ein Problem, weshalb eine Nachfol-

gemotion zum Thema eingereicht wurde für einen Projektierungskredit, der Verbindlichkeit schaffen sollte. Der Stadtrat wollte diesen nicht als Motion, sondern als Postulat annehmen. Stadträtin Simone Brander erklärte im Anschluss, warum die Motion unrealistisch sei angesichts einer zu sanierenden Brücke, Verhandlungen mit den SBB und einer Verlegung, die vollzogen werden müsste, bevor die Sanierung überhaupt durchgeführt werden kann. Michael Schmid (AL) erinnerte an das berühmte Zitat von Tragödie und Farce, das offenbar nicht nur für weltgeschichtliche Tatsachen, sondern auch für zürcherische Tramhaltestellenprojekte gelte. Die Tragödie: Die Brückeninstandsetzung sei sehr aufwendig und inkompatibel mit der Verschiebung der Haltestelle. Die Farce: SP, GLP und Grüne reichen eine Nachfolgemotion ein, obwohl Sanierungsprojekte nicht sistiert werden können. Vielleicht sei es besser, abzuwarten. Zurück an den alten Standort soll das Provisorium aber auch nicht: Eigentlich müsste die Haltestelle Sihlquai/HB 2024 wieder ans Sihlquai, aber diese sei nicht barrierefrei, zudem eng und unattraktiv. Ein Postulat soll den Stadtrat die Verlängerung prüfen lassen. Islam Alijaj (SP) teilte noch etwas aus: Es sei nicht die Schuld von Menschen mit Behinderung, dass Behörden und Verwaltung es nach 20 Jahren noch immer nicht geschafft hätten, alle Haltestellen barrierefrei zu gestalten. Am wichtigsten sei, überall bei der zweiten Türe aussteigen zu können. Lieber nehme man dafür einen weiteren Weg in Kauf als die alte Haltestelle. Die alte Motion wurde abgeschrieben, die Nachfolgemotion mit 62:43 überwiesen und ebenso mit 68:37 das Postulat, dass der Stadtrat die Verlängerung des Provisoriums prüfen soll.

Zuletzt ging es noch um die Thurgauerstrasse, wo man auf beiden Seiten nicht viel Freude hatte – links, weil der Kanton dem Spurabbau und Tempo 30 teilweise widersprach, rechts, weil Tempo 30 und Spurabbau dem Autoverkehr in die Quere komme. Die Sorgen gingen von Stau bis Opfikon bei Veranstaltungen im Hallenstadion bei der SVP, über höhere Mieten wegen Tempo 30 bei der EVP bis hin zur motorisierten Individuallawine im zweispurigen Teil (wegen übergeordnetem, kantonalen Gesetz, weil Hauptverkehrsachse) bei der GLP und der Ratslinken. Einig war man sich allerdings, dass die Situation unbefriedigend ist bezüglich des Schulwegs, der über die Strasse führt. Die dringliche Motion wurde abgeschrieben, der Bericht mit 66:36 zur Kenntnis genommen.

Schwurlos verschwunden...

Dass die alte Sage von Wilhelm Tell mit Apfelschuss und Tyrannenmord nicht 1 zu 1 den historischen Geschehnissen gegen Ende des 13. Jahrhunderts entspricht, ist uns schon seit längerer Zeit klar. Doch da gibt es ja immer noch den alles entscheidenden Schwur auf dem Rütli. Ja am Rütli, da wird nicht gerüttelt. Das Rütli steht wie ein hochemotional besetzter grasbewachsener Fels in der Brandung unserer Geschichte, und der geniale Influencer der Weimarer Klassik, Friedrich Schiller, hat diesen Schwur dann über seinen Tod hinaus beharrlich in Generationen von Schweizer-Seelen hineingepflanzt: ... «in keiner Not uns trennen und Gefahr. Eher den Tod als in der Knechtschaft leben... und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen...». Doch jetzt wird von den «unsäglichen historischen Erbsenzählern» doch noch am Rütli gerüttelt. Ja, das Rütli war nach ihren Erkenntnissen 1291 derart irrelevant, dass an ihm nun nicht einmal mehr gerüttelt werden muss. Auf die Frage, was denn am 1. August 1291 auf dem Rütli eigentlich passiert sei, antworten diese Historiker schlicht mit den Worten «gar nichts». Lässt man sich dieses «Gar-Nichts» dann erst einmal im Munde zergehen, wundert es einen nicht, dass dem Publikum die historischen Fakten langsam zu faktisch werden und dass es sich enttäuscht allerlei Fake-News und Verschwörungsnarrativen zuwendet, besonders wenn es um derart wichtige Verschwörungen wie hier um den nicht erfolgten Rütli-Schwur geht. Wie soll denn auf diesem «Gar-Nichts», das sich 1291 auf dem völlig irrelevanten Rütli ereignete, bzw. nicht ereignete, unsere ganze «eidlos» gewordene Eidgenossenschaft beruhen? Auch wenn sich dieses «Gar-Nichts» des Rütli-Schwurs nach einer anderen Quelle (von 1572) am 8. November 1307 ereignet haben sollte, würde dieses nicht belegbare Ersatzdatum für das be-

**Wie soll denn auf diesem
«Gar-Nichts», das sich
1291 auf dem völlig
irrelevanten Rütli ereignete,
bzw. nicht ereignete,
unsere ganze «eidlos»
gewordene Eidgenossenschaft
beruhen?**

rühmte Nichtereignis höchstens die triviale Vermutung untermauern, dass sich die Entstehung der Eidgenossenschaft eben im Nebel der Jahrhunderte verliert. Doch damit nicht genug mit der historischen Faktenhuberei: Für die Zeit um 1300

herum gibt es insbesondere auch keine Hinweise auf eine Burgenstürmung und auf einen Volksaufstand der Innerschweizer gegen die Habsburger. Zudem entstanden die ersten Bündnisse, die sich Eidgenossenschaften nannten, offenbar nicht im Gebiet der heutigen Zentralschweiz, sondern in den Regionen Bern-Freiburg und Zürich. Der Gründungsmythos der Eidgenossenschaft wurde sodann erst im sogenannten «Weissen Buch» von Sarnen, einer eindrucksvollen Sammlung von prachtvoll geschilderten historischen «Fake-News» 1470 geschaffen, mit der aus Dänemark importierten Tellensage samt Apfelschuss, Rütli-Schwur und Vertreibung der Habsburger. Das Verhältnis der Innerschweizer zu den Habsburgern war im Übrigen, je nach Zeitepoche, von inniger Feindschaft oder aber von pragmatischer Freundschaft geprägt. Sie bekämpften einander am Morgarten und in Sempach, verbündeten sich miteinander in den 1430er-Jahren gegen Zürich, kämpften dann später erneut gegeneinander, als die Habsburger mit den Zürchern gemeinsame Sache machten. Im 16. Jahrhundert wiederum verbündeten sich die Habsburger mit den Innerschweizern gegen die reformierten Orte Zürich und Bern und kurz vor der wirklichen Gründung des Schweizerischen Bundesstaates 1848 kämpften die Innerschweizer im Sonderbundskrieg von 1847 mit logistischer Unterstützung durch die Habsburger gegen die liberalen Kantone. Die Geschichte der Schweiz bis zur Bundesverfassung von 1848 sieht somit in keiner Weise wie eine Heldengeschichte aus, sondern vielmehr wie ein fürchterliches kriegerisches Durcheinander. Dass der neue Bundesstaat sich 1848 durchsetzen konnte, verdankt er der Gunst der Stunde und einer riesengrossen Portion Glück. Die durchaus eingriffswilligen monarchistischen Mächte mussten sich nämlich ausgerechnet im Jahre 1848 mit demokratischen Revolutionen in Deutschland und Frankreich herumschlagen. Diese Revolutionen sind dann leider gescheitert, aber unserem Bundesstaat haben sie wohl damals die entscheidende Luft zum Überleben verschafft.

Ja, und obwohl der Rütli-Schwur sich in der Schweizergeschichte inzwischen eher als «Rütli-Schwurb» erwiesen hat, und obwohl sich die Erzählung von Wilhelm Tell und von der Urschweizer Burgenstürmung schon lange ins Reich der Sagen und Märchen zurückziehen musste, sind wir dem schillernden Klassiker aus Weimar dennoch dankbar, dass er für uns als identitätsstiftender «Tell-Story-Teller» tätig war. Diese Dankbarkeit gegenüber der Weimarer Klassik kommt denn auch unverkennbar in jenem herzergreifenden Schweizer-Jodellied zum Ausdruck: «Jetzt Weimar eis jöödele ...»

Christof Brassel

FORUM

Was würde ein Nein bedeuten?

Um sich über die Frage nach der Pistenverlängerung eine Meinung bilden zu können, lohnt es sich, folgendes Szenario vorzustellen, nämlich: Das Stimmvolk lehnt bei der Abstimmung die Pistenverlängerung ab. Was bedeutet dies?

Wird das BAZL weniger Slots vergeben? Unrealistisch, denn sonst hätte das BAZL schon längst weniger An- und Abflüge bewilligt.

Wird wegen den Verspätungen abends weniger geflogen werden? Die Zahlen sprechen eine andere Sprache, seit der Pandemie benutzt man das Flugzeug öfters den je.

Fazit: Die Ablehnung der Pistenverlängerung belässt den Status quo beim Flughafen wie er ist: Verspätungen sowie unnötigen Lärm zwischen 23:00 Uhr und 23:30 Uhr wegen des Verspätungsabbaus. Und vor allem ein Anflugregime, das nicht so sicher ist, wie es eigentlich sein sollte.

Mir tut hier vor allem das Flugpersonal leid, das chronisch unterbezahlt ist und ständig am Limit läuft. Und dem man darüber hinaus noch wesentlich unnötige Sicherheitsrisiken wegen den zu kurzen Pisten zumutet. Daher bin ich für die Verlängerung der Pisten, wohlwissend, dass auch der Luftverkehr endlich beim Klimaschutz vorwärts machen muss.

Philipp Flach, Dietlikon

IN KÜRZE

Lang, länger, Langnau

Was sich in anderen Gemeinden des Bezirks Horgen längst als Selbstverständlichkeit bewährt hat, wird es in der Sihltalgemeinde Langnau auch künftig nicht geben: Tempo 30 in den Wohnquartieren. Und ebenfalls nicht auf einem Teilstück der Neuen Dorfstrasse im Ortszentrum von Langnau. Eine entsprechende Vorlage, die auch eine Begegnungszone mit Tempo 20 im Gartendörfli-Quar-

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abos: 33.-, www.loopzeitung.ch

tier an der Sihl vorsah, haben die Stimmberechtigten am letzten Sonntag an der Urne wuchtig versenkt. Womit ein früherer Beschluss der Gemeindeversammlung vom 8. Juni (P.S. berichtete) wieder gekehrt wurde.

An der Urne zu Fall gebracht haben dürfte das gesamte Tempo-30-Paket die geplante Geschwindigkeitsreduktion auf der Neuen Dorfstrasse. Hinter die Vorlage stellten sich SP, GLP, die IG Tempo 30 Langnau und auch der bürgerliche Gemeinderat. Dagegen mobilisierten FDP, SVP und am Schluss vor allem eine private Gruppierung um den früheren SVP-Präsidenten Peter Naef.

Innert rund zwanzig Jahren hat Langnau somit schon zum fünften Mal über die Einführung von Tempo 30 abgestimmt – mit dem immer gleichen Resultat. Damit dürfte es nun noch einmal lang und länger dauern, bis dann vielleicht irgendwann einmal auch Langnau etwas entschleunigt... as.

Abstimmungen

In der Stadt Zürich haben sich die Stimmberechtigten am Sonntag mit 78,9 Prozent Nein wie erwartet klar gegen die Grünraum-Initiative ausgesprochen. Dafür kam der direkte Gegenvorschlag mit 68,3 Prozent Ja-Stimmen problemlos durch. In der Stichfrage entschieden sich 83 Prozent für letzteren. Für den indirekten Gegenvorschlag, also den Rahmenkredit von 130 Millionen Franken, sprachen sich 63,4 Prozent der Abstimmenden aus. Die Stimmbeteiligung betrug bei all diesen (Teil-)Vorlagen rund 28 Prozent. Gar mit 90,8 Prozent Ja-Stimmen kam die dritte Verbrennungslinie in der Kehrichtverwertungsanlage Hagenholz durch, und zum Neubau bzw. der Erweiterung der Schulanlage Triemli/In der Ey sagten 79,4 Prozent der Abstimmenden Ja.

In ihrer Medienmitteilung schreibt die SP, die beiden Gegenvorschläge zur Stadtgrün-Initiative ermöglichten «eine rasche Umsetzung des Kernanliegens der Initiative durch ein verwaltungsinternes Kompetenzzentrum für Begrünung sowie einen Rahmenkredit von 130 Millionen Franken bis 2035». Das Ja zu den beiden anderen Vorlagen sei ebenfalls «erfreulich». Die Grünen teilen ebenfalls mit, sie seien «sehr erfreut» über die Abstimmungsergebnisse. Auch die Mitte ist mit dem Ausgang der Abstimmungen zufrieden. Die FDP schreibt, sie nehme das Resultat zu den Grünraum-Vorlagen «zur Kenntnis». Sie hatte sich bereits im Gemeinderat dagegen ausgesprochen. Immerhin freuen sich die Freisinnigen über die Zustimmung zur dritten Verbrennungslinie und zum Schulhausbau. *nic*.

Gesperrt

Nationalrätin Meret Schneider (Grüne) wurde unwiderruflich von Twitter / X gesperrt. Der Grund: Sie hatte in einem Post auf einen Artikel in «20Minuten» Bezug genommen, der eine Umfrage thematisierte, wonach eine Mehrheit von «Polarisierung» und «Populismus» genervt sei. Den

Artikel kommentierte sie mit folgendem Post: «Schreib jetzt deine Online-Kommentare, warum die Polarisierung und der Populismus wirklich das Hinterletzte sind und man die überbezahlten Politfratzen an ihrer eigenen verdammten Bundesterrasse erhängen sollte!!! (Grossbuchstaben nicht vergessen).» Dieser Post sei als Aufruf zur Gewalt verstanden worden.

Schneider sieht sich missverstanden: Es sei ganz klar, dass dies als Witz gemeint sei, wie sie gegenüber von Watson.ch ausführte. Die Nationalrätin war eine aktive Twitter-Nutzerin, die auch oft humorvolle und sarkastische Bemerkungen postete. Sie hat daher auf die Nachricht der Sperrung auch Solidaritätsbekundungen von Komikern wie Viktor Giacobbo und Karpi erhalten. Auch die Schreibende und andere Journalist:innen äusseren Unverständnis. *mlm*.

Ja, er will!

Am Dienstagmorgen lud Ständerat Daniel Jositsch (SP) zu einer Medienkonferenz in den Grünen Saal des Volkshauses. Was er dort verkünden würde, war zwar bereits im Vorfeld allen klar. Nichtsdestotrotz erschienen die Berichterstatte:innen mit und ohne Kameras in Scharen.

Flankiert von den Co-Präsident:innen der SP Kanton Zürich, Priska Seiler Graf und Andreas Daurù, verkündete Daniel Jositsch sodann, dass er



Daniel Jositsch hofft, dass es nun klappt mit der Bundesratswahl (jositsch.ch)

gern der Nachfolger des zurücktretenden Bundesrats Alain Berset werden möchte. Er sprach ausführlich über die letzten Bundesratswahlen, anlässlich derer er für Wirbel gesorgt und einige in der SP hässig gemacht hatte: Er hatte sich dagegen gewehrt, dass die Partei für die Nachfolge von Simonetta Sommaruga ausschliesslich Frauen nominieren wollte, und gar von «Diskriminierung» gesprochen.

Dafür entschuldigte er sich am Dienstag vor den Medien erneut: Er würde das heute nicht mehr so sagen, da es «wie ein Hohn» wirken könn-

te in den Ohren von Menschen, die «tatsächlich diskriminiert» würden.

Seine Motivation begründete Daniel Jositsch unter anderem mit seinem «Willen, in der Politik zu gestalten», und zählte einige Themen auf, wo es viel zu tun gebe: Sozialwerke, neue Sicherheitsarchitektur in Europa, eine Wirtschaft vor grossen Herausforderungen, Gegenwind für den Forschungsplatz Schweiz und nicht zuletzt die Notwendigkeit, eine «menschenwürdige» Migrationspolitik zu betreiben. Kurz: Er habe «den Willen und die Lust, an solchen Problemen zum Wohle der Bevölkerung in der Exekutive mitzuarbeiten». Das Co-Präsidium stehe hinter ihm, betonten Priska Seiler Graf und Andreas Daurù, aber es könnten sich bis zum Parteitag vom 26. Oktober durchaus auch noch weitere Interessent:innen melden. Die Fraktion muss Daniel Jositsch ebenfalls noch überzeugen. Er betonte aber, dass er deren Entscheidung akzeptieren, sprich, nicht wild kandidieren werde. *nic*.

Mindestlohn

In ihrer Medienmitteilung von gestern Donnerstag zeigen sich die SP Stadt Zürich und die SP Winterthur «sehr enttäuscht» darüber, dass die Einführung der kommunalen Mindestlöhne «aufgrund kürzlich eingereicherter Rekurse vorläufig blockiert» sei. Dabei hätten die «deutlichen Ergebnisse» der Volksabstimmungen in beiden Städten gezeigt, «dass endlich alle Arbeitgeber faire Löhne bezahlen müssen». Oliver Heimgartner, Co-Präsident der SP Stadt Zürich, empört sich darüber, dass es dem Gewerbeverband «mit diesem chancenlosen Rekurs» einzig um eine Verzögerung gehe: «Die Lohndumping-Betriebe möchten nun nochmals zwei bis drei Jahre auf dem Buckel der Tieflohnbezüger ihre Gewinne machen können. Das schadet denjenigen, die dringend auf den Mindestlohn angewiesen sind.» Diese Bedenken teilt auch Franziska Tschirky, Co-Präsidentin der SP Winterthur: Die Mehrheit der Winterthurerinnen und Winterthurer habe sich am 18. Juni «in aller Deutlichkeit» für einen Mindestlohn ausgesprochen. Diese Rekurse seien deshalb «ein Rückschlag für unsere Bemühungen, die Lebensqualität und die wirtschaftliche Sicherheit vieler Menschen in unserer Stadt zu verbessern».

Die SP kritisiert aber auch grundsätzlich, dass FDP und SVP sowie die ihnen nahestehenden Verbände immer häufiger versuchten, «Anliegen der städtischen Bevölkerung mit juristischen Mitteln zu verzögern, statt die Bevölkerung in Volksabstimmungen zu überzeugen». Gerade beim Mindestlohn sei «offensichtlich, wie ideologietrieben dieses Vorgehen ist». Immerhin seien die Vorlagen in Zürich und Winterthur von sehr breiten Allianzen getragen worden, den Gegenvorschlag in Zürich habe sogar «massgeblich» die Mitte geprägt, und in der politischen Beratung seien mehrere Rechtsgutachten erstellt worden, die die Frage der Gültigkeit «eindeutig positiv» beantwortet hätten. *nic*.

comme il faut

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

Lösungswort Augusträtsel: SOMMERSAISON

Waagrecht: 7. MUELLABLADEPLATZ 13. KAPITALISMUSKRITIK 18. RESISTENT 19. SLALOM 20. ZIRBE bei uns Arve 21. BRR 22. EBAY 23. USA 24. AVA Gardner 25. BLU 26. ALKMENE 27. AER 28. HYDRA 29. IOK Internationales Olympisches Komitee 30. UKIP englische Isolationisten Partei 31. EBER 32. BISE franz. für Küsschen 33. ESKIMOS 34. PEIN 36. LINA Wertmüller 37. STAN Laurel 38. ERTEILEN 39. FORKE 40. ALGE 41. DELILAH

Senkrecht: 1. SUPERVISION 2. GLASBLAESER 3. SAMTBLUME samt Blume 4. PESSIMIST 5. ALRAUNE 6. OTTO 7. MARIAHILF 8. EISBADEN 9. ALTRUIST 10. BIERLOKAL 11. DURAKKORD 12. ZIMMERIN 14. TIEBREAK Kurzentscheidung im Tennis 15. SNEAKING engl. für schleichen 16. KLOEPPELN koeppeln 17. ILSEBILL 27. AENEAS 35. EI Eid

2 Eintritte für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Theater Ticino in Wädenswil gewonnen hat: Fredi Murbach, Wald.

www.theater-ticino.ch

2 Eintritte für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Theater Keller62 in Zürich gewonnen hat: Katharina Caflish, Meilen.

www.keller62.ch



Verfassung, Patriotismus und Demokratie

Am 12. September 1848 entschied die Tagsatzung der Eidgenossenschaft das Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung. Dieser Tag jährt sich nächste Woche zum 175. Mal. Vor einiger Zeit gab es eine Gruppe von Sozialdemokrat:innen und Zugewandten, die den 12. September als neuen Feiertag etablieren wollten. Vor rund zehn Jahren habe ich vor dieser Gruppe eine Rede gehalten. Aus Anlass des Jubiläums habe ich mir sie nochmals angesehen. Nun ist das immer ein wenig eine Sache, wenn man beginnt, sich selber zu zitieren. Aber zuweilen ist es ja auch interessant zu sehen, wie die eigenen Gedanken gealtert haben. Und es ist wie auch sonst im Leben: Teils ganz gut, teils leider nicht.

Am Ursprung meiner Rede war eine Debatte, die in einer gewissen Regelmässigkeit wieder aufflammt, im Moment aber kaum köchelt. Nämlich die, ob wir Linken zu Unrecht den Patriotismus der Rechten überlassen. Das Problem an der Geschichte sei, schrieb ich, dass wir Linken – und auch die Liberalen – im Kern für eine Meritokratie eintreten. «Wie soll man darauf stolz sein, dass man zufällig in einem Land geboren wurde? Ich bin Schweizerin, aber ich habe nichts dafür getan. Stolz sein auf ihre Staatszugehörigkeit könnten daher höchstens die Eingebürgerten. Sie haben wenigstens etwas dafür gemacht. Aber viele der hier geborenen und damit unverdienten Schweizer lassen das nicht gelten.»

Und das zweite Problem ist, dass der Schweizer Patriotismus und dessen Mythen so recht wenig mit der Lebensrealität einer urbaneren Schweiz zu tun hat. Einen Verfassungspatriotismus kennen wir nicht: «Das hat auch historische Gründe. Die Bundesverfassung von 1848 ist das Kind einer Revolution und sie ist die Verfassung der liberalen Sieger. Die konservativen Verlierer lehnten sie ab. Damit die Konservativen trotzdem zur neuen Schweiz finden konnten, brauchte man also etwas anderes. Also konstruierte man den Rütli-Mythos und machte damit die Kriegsverlierer zu Gründungsvätern. Damit gaben die Liberalen den Konservativen ihre Würde zurück und sorgten für ein friedliches Zusammenleben. Auf der Strecke blieb aber der eigene Verfassungspatriotismus. Das Selbstbild der Schweiz ist noch heute von Bauern und Bergen geprägt. Auch wenn die meisten von uns heute in der Stadt oder in der Agglomeration leben und höchstens Urban Gardening machen.»

Im Rest der Rede plädiere ich für eine Art vorsichtigen Verfassungspatriotismus, den man aber irgendwie auch noch mit Inhalt füllen müsste. Das klingt ein bisschen nach Wischi-Waschi, aber vielleicht ist das ja auch der Charme der Sache. Beziehungsweise Teil eines Aspekts, an den ich damals nicht gedacht habe. Nämlich, dass eine Demokratie vielleicht auch nie fertig sein sollte, nie zu Ende gedacht.

Der «Tages-Anzeiger» hat zur Entstehung der Verfassung einen hörenswerten Podcast produziert, in dem Markus Häfliger und Philip Loser die Entstehungsgeschichte nacherzählen, aber auch mit Gästen diskutieren, wo die heutige Verfassung noch Defizite hätte. Der ehemalige Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle Michel Huisod und der Campaigner Daniel Graf wollen eine Volksinitiative lancieren, die eine Totalrevision der Verfassung anstrebt. Die letzte Totalrevision datiert von 1999.

Auf die Frage, ob eine Totalrevision inhaltlich nötig und/oder politisch sinnvoll ist, habe ich eigentlich keine Antwort. Die Politologin Rahel Freiburghaus, die ebenfalls im Podcast interviewt wurde, meinte, dass die Verfassung auch letztlich ein Ideal verkörpern solle. Also das Idealbild der Nation, die man sein will, die man aber vielleicht noch nicht ist. Und eine Totalrevision dränge sich dann auf, wenn die Gesellschaft diese Vorstellung bereits überwunden hat. Nun hatte unsere Verfassung immer Elemente, die später überholt wurden. So hatten zu Beginn die Frauen gar keine Bürgerrechte und die Juden nur eingeschränkte. Und auch heute gibt es Diskutables. Vielleicht funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nicht überall, wie sie soll, vielleicht ist die Anzahl Bundesräte für die gewachsenen Aufgaben nicht mehr zeitgemäss, um nur zwei Beispiele zu nennen. Doch ob eine Totalrevision jetzt wirklich einen grossen Mehrwert bringt, sehe ich durchaus mit Fragezeichen. Und ob es dann wirklich besser kommt, fortschrittlicher, inklusiver, zukunftsorientierter wird, sowieso.

Auf eine interessante historische Episode weist Markus Häfliger im Podcast hin. So sei umstritten gewesen, wie das Parlament künftig organisiert werden soll. Der Schwyzer Melchior Diethelm bringt den Antrag auf ein Zweikammersystem nach amerikanischem Vorbild ein. Die eher liberalen Kantone fanden eigentlich, eine Kammer sei genug, die Konservativen hingegen wollten sowieso lieber an der alten Tagsatzung festhalten, in der alle Kantone das gleiche Stimmrecht hatten. Das Scheitern drohte. Doch dann sei der Antrag auf den nächsten Tag vertagt worden und es habe dann sozusagen die erste lange Nacht der Messer gegeben, bei der insbesondere die katholischen Vertreter von Diethelm und anderen überzeugt wurden. Später habe dieser offenbar aber nichts mehr davon wissen wollen und bestritten, dass der Antrag von ihm gekommen sei. Wenn man die damalige Kommission in die heutige Zeit versetzen würde, dann gäbe es sicher den einen oder anderen Kompromiss, der spätabends beim Bier geschlossen wird. Es wäre aber auch gut möglich, dass die Differenzen via Twitter ausgetragen oder

via Indiskretion in die Medien gelangen und damit jegliche Entscheidungsfindung verunmöglicht wird.

Nun zeigt diese Episode und einige weitere Geschichten aus der Entstehung der Verfassung, dass

Wenn man die damalige Kommission in die heutige Zeit versetzen würde, dann gäbe es sicher den einen oder anderen Kompromiss, der spätabends beim Bier geschlossen wird. Es wäre aber auch gut möglich, dass die Differenzen via Twitter ausgetragen oder via Indiskretion in die Medien gelangen und damit jegliche Entscheidungsfindung verunmöglicht wird.

vielen auch hätte anders werden können, dass auch das Scheitern der ganzen Übung eine ganz reale Option war. Und die Verfassung und die Gründung des Bundesstaats letztlich nur dank glücklichen Umständen und Zufall tatsächlich gelungen ist. Die Erfahrungen mit Verfassungsrevisionen und mit den dafür zuständigen Verfassungsräten zeigt aber, dass diese oft eine sehr konstruktive Zusammenarbeit pflegten und dabei zu guten Lösungen fanden. Ich kenne beispielsweise keinen ehemaligen Verfassungsrat oder Verfassungsrätin, der/die nicht ein wenig ins Schwärmen gerät, wenn es um die Erarbeitung der kantonalen Verfassung ging. Und ja, vielleicht ist einiges möglich, was im Tagesgeschäft schwierig ist.

Und vor allem ist tatsächlich Demokratie nur dann lebendig, wenn sie auch weiterentwicklungsfähig ist. Wenn sie sich die Frage stellt, wie sie noch besser werden soll. Vielleicht reicht dazu auch, wenn wir mehr Menschen daran beteiligen, zum Beispiel, in dem wir das Ausländer:innenstimmrecht einführen. Aber da ist wohl eine Totalrevision der Verfassung noch realistischer.



Min Li Marti

Fangverbot für hitzestressste Äschen

Fünf Jahre nach dem Hitzesommer und Fischsterben von 2018 hat sich die Äschenpopulation in Rhein und Thur noch immer nicht erholt. Und sind die Bestände mittlerweile auch in der Limmat und der Sihl derart zurückgegangen, dass die Fischerei- und Jagdverwaltung jetzt ein kantonsweites Fangverbot erlässt.

Arthur Schäppi

Die tristen Bilder vom Fischsterben im Rhein im Hitzesommer 2018 sind in unliebsamer Erinnerung geblieben, die Folgen davon bis heute noch immer spürbar. Über drei Tonnen verendete Fische, hauptsächlich Äschen und Forellen, wurden damals zwischen Schaffhausen und Eglisau eingesammelt. Und weil auch die Bestände in der Limmat, der Sihl, der Thur und im Zürcher Abschnitt der Reuss empfindlich geschwächt wurden, erliess die kantonale Fischereiverwaltung damals ein erst einjähriges und dann bis 2020 verlängertes kantonsweites Fangverbot für die ähnlich wie die Forellen besonders unter der Hitze leidenden Äschen. In Thur und Rhein musste die Schonzeit wegen der dort anhaltend prekären Situation in Absprache mit den Kantonen Thurgau und Schaffhausen dann bis Ende September 2023 verlängert werden. Und Entwarnung ist auch jetzt noch immer nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil. Per 1. Oktober 2023 hat die kantonale Fischerei- und Jagdverwaltung sogar erneut ein kantonsweites, nunmehr dreijähriges Fangverbot für die Äsche verfügt. Dazu ver-

anlasst sehe man sich zum einen, weil sich der Bestand in Rhein und Thur noch immer nicht erholt habe und zum andern, weil auch in der Limmat und der Sihl ein besorgniserregender Rückgang dieser besonders wärmeempfindlichen Fischart zu beobachten sei, sagt Melanie Nägeli, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Fischerei- und Jagdverwaltung.

Äschen mögens cool

Äschen sind auf sauerstoffreiches, kühles Fließwasser angewiesen. Schon ab zwanzig Grad leiden sie unter Hitzestress und ab 24-25 Grad wird es für sie lebensbedrohlich. Im Hitzesommer 2022 sei es denn erneut zu vereinzelt Verlusten in Zürcher Fließgewässern gekommen, sagt Melanie Nägeli: «Und dieses Jahr sind wir nur knapp um eine erneut kritische Situation herumgekommen, weil die Hitzeperioden im Juli und August gerade noch rechtzeitig zu Ende gingen und Regen einsetzte.» Jährliche Äschenlarvenzählungen während der letzten fünf Jahre und ergänzende Versuchsfänge aber ergeben für den Rhein eine alles andere als erfreuliche Bilanz. «Sie bestätigen, dass dort die Äschenpopulation als nach wie vor sehr geschwächt zu betrachten ist», schreibt die Fischerei- und Jagdverwaltung dazu in ihrer Begründung zur Verbotsvorgabe. Auch gebe es keinerlei Hinweise, dass sich die Situation in den nächsten Jahren markant bessern würde.

Auch in Sihl und Limmat rar

Ganz ähnlich laute der Befund auch für die Thur, bestätigt Melanie Nägeli. Und hinzu komme, dass nun auch Äschenlarvenzählungen an der Limmat im Frühjahr 2022 und 2023 ergeben



Das Fangverbot für Äschen wird neu auf den ganzen Kanton ausgeweitet. (Bild: Sacha Maggi)

hätten, dass auch in diesem Gewässer der Äschenbestand «sehr stark geschwächt» sei. Und in der Sihl müsse man sogar bloss noch von einer «kleinen Restpopulation» ausgehen. Das Fischen der Äschen könne daher «nicht mehr nachhaltig» erfolgen, begründet man bei der Fischerei- und Jagdverwaltung denn auch das Fangverbot an und auf allen Zürcher Gewässern. Es gilt aufgrund einer Absprache mit dem Kanton Zug auch für die zugrische-zürcherische Grenzstrecke der Sihl. Ob die Äschen-Schonzeit letztlich auf drei Jahre und damit bis September 2026 befristet bleibt oder nicht, hänge nicht zuletzt auch davon ab, wie warm die kommenden Sommer würden, sagt Nägeli. Nicht vorgesehen sei der Einsatz von in Anlagen aufgezogenen Äschen, da man eine solche Massnahme nicht als nachhaltig erachte. Für das Überleben der Äschen und anderer gefährdeter Flussfische hilfreicher aber seien weitere Renaturierungen oder die Beseitigung von Schwellen und anderer Hindernisse, das Schaffen von Kaltwasserbecken und Schattenzonen in Bächen und generell Massnahmen gegen die Klimaerwärmung.

Cartoon by Roman Prelicz



Freiraum, der Entstehung zulassen kann

Am Montagabend hat die Stadt Zürich den Masterplan «Seeufer Wollishofen» präsentiert. Sie hat dabei ein Zeichen gesetzt und möchte das Gebiet von der Werft der Zürcher Schifffahrtsgesellschaft bis zur Roten Fabrik als Freihalte- sowie als Industrie- und Gewerbezone der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Damit wurde der aus heutiger Sicht absurde Fehlentscheid der Stadtregierung von 2008, durch Sonderbauvorschriften auf dem Kibag-Areal 100 Prozent Wohnungen zu realisieren, rückgängig gemacht. Dieses Umdenken ist das Resultat einer partizipativen Testplanung mit der Berücksichtigung der Motion 2022/260, mit welcher der Gemeinderat dem Stadtrat den Auftrag erteilt hat, das gesamte Areal entsprechend umzuzonen.

In unserer immer mehr verdichteten Stadt braucht es öffentlichen Raum, welcher für alle – insbesondere auch marginalisierten Gruppen – zugänglich und konsumfrei nutzbar ist. Gerade in den Sommermonaten zeigt sich, wie gross das Bedürfnis der Bevölkerung nach Räumen ohne

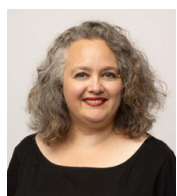
In unserer immer mehr verdichteten Stadt braucht es öffentlichen Raum, welcher für alle zugänglich und konsumfrei nutzbar ist.

Konsumzwang ist. Deshalb braucht es eine nachhaltige Raumplanung, in der eine aktive Freiraumplanung neben der Planung von mehr gemeinnützigen Wohnungen angestrebt wird. Das Seeufer soll generell allen zugänglich sein. Das von Wollishofen steht derzeit bereits durch die

neue Überbauung der Franz AG mit ihren Renditewohnungen vor einer grossen Herausforderung. Es werden Wohnungen »für höchste Ansprüche« angeboten, und draussen vor dem Balkon, dem Fenster oder der Terrasse tummelt sich ein absolut diverses und heterogenes Publikum mit den unterschiedlichsten Hintergründen und Bedürfnissen – alle haben Platz – und manchmal darf es sogar ein bisschen stören. Interessenskonflikte sind vorprogrammiert.

Wir kennen keinen Schutz der aktuellen Nutzung gegenüber Neubauten wie beispielsweise Berlin. Entsprechend verträgt sich mehr Wohnraum nicht mit dem Nutzungsbedürfnis, welches im Partizipationsverfahren deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Dieses Problem hat die Stadt auch erkannt und plant auf 2025 sogenannte Pufferzonen zwischen dem geplanten Freiraum und den bestehenden Wohn- und Gewerbegebäuden. Ob sich das mit «einer Traumwohnung direkt am See» vereinbaren lässt?

Nun müssen wir im Gemeinderat die Sonderbauvorschriften wieder aufheben und neu ausarbeiten. Dafür hat der Stadtrat bei der kantonalen Baudirektion eine Planungszone für das Gebiet beantragt. Innerhalb einer Planungszone dürfen keine baulichen Veränderungen gemacht werden, welche der Planung widersprechen. Das ist wichtig, da die Kibag sicher noch bis 2030 vor Ort produzieren wird und der Planungshorizont somit bis 2040 besteht. Weiter ist offen, wie die Verhandlungen mit der Kibag verlaufen werden. Entsprechend braucht es weiterhin eine achtsame Begleitung der Planung. Eine Gefahr besteht darin, dass die geplanten Freiräume in gut gemeinter Absicht überreguliert werden. Es braucht Freiraum, der Entstehung zulassen kann. Wir bleiben dran.



Liv Mahrer, Co-Präsidentin SP Stadt Zürich, Gemeinderätin

Der Einsatz gegen Gewalt muss vielfältig sein

Ein queerer Jugendlicher wird auf Instagram von seinen Mitschüler:innen beleidigt. Eine 25-jährige Frau wird von ihrem Ex-Partner belästigt und erfährt, dass er ihre Nacktbilder online gestellt hat. Einem 30-jährigen Aktivist:in wird per Mail von mehreren hundert anonymen Accounts Gewalt angedroht. Eine 45-jährige Mutter wird von ihrem Ex-Mann via Handy getrackt und gestalkt. Das sind alles Beispiele von digitaler Gewalt. Digitale Gewalt umfasst alle Formen von Gewalt, die mit technischen Hilfsmitteln und/oder digitalen Medien ausgeübt werden und/oder im digitalen Raum, etwa auf Online-Portalen oder sozialen Plattformen, stattfinden. Das können Beleidigungen, sexuelle Belästigungen, Mobbing, Stalking, Erpressung, Androhung von Gewalt oder Betrug sein. Digitale Gewalt kann von anonymen Personen, aber auch von Menschen aus dem sozialen Umfeld ausgeübt werden. Die Gewalt zielt häufig auf bestehende Diskriminierungsstrukturen wie Geschlecht, Herkunft oder Behinderung.

Digitale Gewalt ist weit verbreitet. Laut einer Studie aus der EU hat jede zweite Person zwischen 18 und 35 Jahren bereits digitale Gewalt erfahren. 30 Prozent der Männer und 27,5 Prozent der Frauen waren bereits von digitaler Gewalt betroffen. In der Schweiz fehlen entsprechende Studien. Dies ist ein generelles Problem im Bereich der Gewalt und muss sich unbedingt ändern!

Wer digitale Gewalt erfährt, ist ohnmächtig. Betroffene wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Der Polizei oder Beratungsstellen, wie die Opferberatung, fehlen oft die Erfahrung und die Ressourcen. Auch wenn sie gute Arbeit leisten.

Digitale Gewalt ist seit 2021 Teil der Istanbul-Konvention, der Übereinkunft des Europarats zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt

an Frauen und häuslicher Gewalt, welcher auch die Schweiz beigetreten ist. Hierzulande fehlt es aber noch an Unterstützung für Betroffene. Zudem sieht die Istanbul-Konvention explizit nicht nur den Bund, sondern auch Kantone und Gemeinden in der Pflicht. Deshalb haben Alan David Sangines (SP) und ich im Zürcher

Aktivist:innen und Fachpersonen setzen sich seit Jahrzehnten für eine gewaltfreie Gesellschaft ein. Wir bleiben dran. Es gibt noch viel zu tun.

Gemeinderat einen Vorstoss für ein Massnahmenpaket zur Verhinderung von digitaler Gewalt und zur Unterstützung von Betroffenen eingereicht. Der Vorstoss fand breite Zustimmung. Konkrete Massnahmen wären etwa eine Anlaufstelle für Betroffene, bei der sie Opferberatung und juristische Hilfe erhalten, Weiterbildungen für Strafverfolgungsbehörden und Lehrpersonen sowie eine Präventionskampagne im öffentlichen Raum und online.

Um Gewalt und insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern, wird in der Schweiz generell noch viel zu wenig unternommen. Der Bund steht in der Pflicht, breite Massnahmen zu ergreifen und dabei verschiedene Betroffene und unterschiedliche Gewaltformen zu adressieren. Weiter müssen diese Massnahmen inklusiv und diskriminierungsfrei umgesetzt werden. Aktivist:innen und Fachpersonen setzen sich seit Jahrzehnten für eine gewaltfreie Gesellschaft ein. Wir bleiben dran. Es gibt noch viel zu tun.



Anna-Béatrice Schmalz, Präsidentin Grüne Stadt Zürich, Gemeinderätin und Nationalratskandidatin

«Zu oft passiert Verdrängung leider im Stillen»

Man tauscht sich über ähnliche Fälle aus und spannt für Petitionen zusammen: Mieter:innen und Aktivist:innen unterstützen einander vermehrt. Can Deniz, Mieter aus Wollishofen, und Diana Krasovskaya, Mietaktivistin, sprechen mit Lara Blatter über Vernetzung und darüber, wieso sich vor allem der urbane Mittelstand diese Form von Widerstand leisten kann.

Der Wohnungsmarkt ist ausgetrocknet und erstmals besitzen in Zürich Immobilienfirmen mehr Wohnungen als Private. Droht uns bald ein grosser Aufstand von Mieter:innen?

Diana Krasovskaya: Ich hoffe es! Das Thema Wohnungsnot beschäftigt viele und ist in den Medien präsenter als noch vor einigen Jahren. Zudem gibt es immer mehr Gruppierungen, die sich vernetzen. Aber für einen Wandel braucht es auch die Solidarität von jenen, die aktuell nicht in einer prekären Wohnlage sind.

Can Deniz: Wir beide befinden uns wohl auch in einer Bubble. Gehe ich ins Einkaufszentrum Sihlcity runter und verteile Flyer für unsere Petition, dann merke ich, wie viele Menschen sich nicht für die Wohnungskrise interessieren.

Deniz Can, Sie sind Mieter in einer privaten Siedlung in Wollishofen und wurden durch einen bevorstehenden Verkauf zum Aktivist. Und Diana Krasovskaya, Sie sind im Mietenplenum aktiv – einem Bündnis von aktivistischen Mieter:innen. Warum spannen Mieter:innen und Aktivist:innen zusammen?

C.D.: Als wir im März den Brief bekommen haben, dass die Eigentümer verkaufen wollen, waren zuerst alle in Schockstarre. Wir mussten wieder in Bewegung kommen. Sich zu wehren braucht aber viel Zeit und Wissen. Deshalb sind Mieter:innen oft auf Unterstützung angewiesen – sei es aus der Politik, von Kampagnenprofis, Jurist:innen, Architekt:innen oder eben aus dem Aktivismus.

D.K.: Und auch ihr als Mieter:innengruppe, die euch mittels Petition wehrt, seid Aktivist:innen. Ich möchte diesen Begriff entmystifizieren. Viele denken an junge Menschen, die sich auf den Boden kleben oder an Demos randalieren. Aktivismus ist aber viel breiter. Und das, was du angesprochen hast, punkto Zeit und Wissen. Darum gibt es das Mietenplenum. Wir sind ein loser Zusammenschluss von Menschen mit vielem verschiedenen Wissen, also ein Pool aus Ressourcen; davon sollen alle profitieren können.

Diana Krasovskaya, Sie haben es angesprochen. Bei Aktivismus denken viele an Ausschreitungen und Demos. Oft wird auch die Besetzer:innensze-

ne mit Wohnaktivismus gleichgesetzt. Braucht die Mieter:innenbewegung ein neues Image, um alle ins Boot zu holen?

D.K.: Alle Ströme innerhalb dieser Bewegung sind wichtig. Mit genau solchen Initiativen wie hier in Wollishofen können wir aufzeigen, dass alle betroffen sind. Auch privilegiere Menschen haben es schwer, eine passende Wohnung zu finden.

C.D.: Das ist auch unser Ziel. Unser Petitionsfoto beispielsweise zeigt unsere fröhliche und solidarische Nachbarschaft von Jung und Alt in unserem Garten. Unser Quartier soll nicht wie so viele andere im Stillen, sondern in der öffentlichen Wahrnehmung zerschlagen werden. Betroffene Mieter:innengruppen brauchen die Empathie der ganzen Stadt. Denn eine Stadt soll kein Renditeobjekt sein, eine Stadt ist ein sozialer Kosmos.

«Eine Stadt soll kein Renditeobjekt sein, sondern ein sozialer Kosmos.»

Can Deniz

Can Deniz, wie sind Sie vorgegangen, als klar war, dass die Eigentümer verkaufen wollen?

C.D.: Gemeinsam mit meinen Nachbar:innen haben wir ein Treffen organisiert und schnell war klar: Wir bleiben nicht untätig. Als Erstes habe ich mit der Stadt und der PWG Kontakt aufgenommen und sie auf den bevorstehenden Verkauf im Bieterverfahren aufmerksam gemacht. Gleich anschliessend suchten wir das Gespräch mit den Eigentümern – leider erfolglos. Sie verwiesen uns auf die Verwaltung und wollten den Verkauf offensichtlich möglichst im Stillen abwickeln. Danach tauschte ich mich mit Menschen an der Forchstrasse aus, die sich vor einigen Monaten in einer ähnlichen Lage befanden wie unsere Siedlung. Sie gaben uns wertvolle Tipps und quasi eine Anleitung, wie wir vorgehen sollten. Und auch andere Akteur:innen aus Politik und Gesellschaft – wie etwa SP-Nationalrätin Jaqueline Badran – unterstützten uns. Wir spürten viel Wohlwollen aus unterschiedlichen Ecken.

D.K.: Genau diese Vernetzung wollen wir als Mietenplenum fördern. Plus ist zuerst auch die Beziehungspflege innerhalb der Nachbarschaft wichtig. Diese kann durch kleine Aktionen präventiv gefördert werden. Zum Beispiel kann man eine Chat-Gruppe für das eigene Haus machen. Ein Kanal, wo sich Leute austauschen können. Schlussendlich geht es darum, wie man zusammenlebt.

Aber was bringt eine Chat-Gruppe? Die kann ja auch erstellt werden, wenn ein Notfall naht.

D.K.: Es entanonymisiert und verbindet die Siedlung. Es entstehen Beziehungen, und durch lockere Kommunikation bleibt man informiert. Zu oft passiert Verdrängung leider im Stillen und wir bekommen nichts davon mit, wenn Menschen gezwungen werden, ein Quartier oder gar eine Stadt zu verlassen. Man spricht nicht miteinander.

C.D.: Es sind kleine, vielleicht belanglose Dinge, die ein Quartier oder ein Haus näher zusammenrücken lassen. «Meine Katze ist verschwunden», oder: «Meine Mutter kann doch nicht Kinder hüten, wer kann heute Abend meine Kids füttern?» Und wenn es mal hart auf hart kommt, dann steht man eher zusammen. Denn man weiss, was auf dem Spiel steht: unsere lebendige Nachbarschaft.

Das klingt alles sehr schön. Aber in der Realität haben viele Menschen keine Ressourcen für eine intensive Pflege der Nachbarschaft. Erst recht nicht, wenn es darum geht, eine ganze Siedlung zu mobilisieren und zu retten. Engagieren sich nicht vor allem jene Menschen, die Zeit und Geld haben?

C.D.: Ich habe durch meinen beruflichen Werdegang in der NGO-Welt ein grosses Netzwerk an engagierten Menschen. Als Politologin habe ich mich zudem viel mit Machtpolitik und Geostrategie beschäftigt – dieses Wissen lässt sich auch auf lokaler Ebene einsetzen. Ich arbeite 70 Prozent und aktuell gehen meine 1,5 Tage mit den Kids vor allem für die Kampagne darauf. Unser Erfolg ist also kein Zufall, da steckt viel Herzblut und investierte Zeit drin. Leider haben viele Menschen zu wenige Ressourcen, um sich überhaupt wehren zu können.

D.K.: Die Frage, wer sich Aktivismus leisten kann, zirkuliert bei uns im Mietenplenum immer wieder.

Ist der Kampf um Wohnraum das neue Hobby des urbanen Mittelstandes geworden?

C.D.: Nein. Es ist viel mehr ein zweiter Job als ein Hobby. Man kann auch nicht vom ganzen urbanen Mittelstand sprechen. Wir sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Aber auch dieser kann was bewirken.

D.K.: Unser Aktivismus ist kein Hobby. Dahinter steckt anspruchsvolle, ehrenamtliche Arbeit. Beispielsweise eine Petition zu lancieren und Menschen zu vernetzen, ist sehr zeitintensiv. Aber uns ist bewusst, dass wir oft auch Interessen von Menschen vertreten, die nicht an vorderster Front mitarbeiten. Zum Beispiel alleinstehende Mütter oder Menschen, die keine guten Deutschkenntnisse haben. Wenige von ihnen haben die Ressourcen für Aktivismus. Aber es ist wichtig, dass wir auch mit ihnen in Kontakt sind. Denn für die Arbeiter:innenklasse können nicht nur hochgebildete, junge, linke Zürcher:innen kämpfen gehen.

«Für die Arbeiter:innenklasse können nicht nur hochgebildete, junge, linke Zürcher:innen kämpfen gehen.»

Diana Krasovskaya

C.D.: Die Berührungsängste unter Gruppierungen und Politiker:innen sind zudem gross. Die einen glauben nicht ans System, andere verfolgen eigene politische Ziele. Das Prinzip «teile und herrsche» funktioniert leider. Gleichgesinnte Gruppen bremsen einander aus, statt sich vereint für die Sache zu engagieren.

Vernetzung als Stichwort fällt immer wieder. Arbeiten Zürcher:innen zu wenig zusammen?

D.K.: Ja, aus diesem Umstand ist das Mietenplenum vor zwei Jahren entstanden.

C.D.: «Alles Gescheite ist schon gedacht worden, man muss nur versuchen, es noch einmal zu denken», schrieb Goethe. Und genau das müssen wir doch machen. Wieso muss die nächste Siedlung, die abgerissen wird, sich eine eigene Strategie überlegen? Die Interessensgemeinschaft Wollishofen hat von anderen gelernt und baut auf der Arbeit von anderen auf. So muss es weitergehen, auch wir wollen nach unserer Kampagne unser Wissen teilen.

Profitieren schlussendlich grosse Investor:innen von der Anonymität der Grossstadt?

D.K.: Ja. Und da bin ich wieder beim Beispiel des Chats. Diese Entanonymisierung fängt genau da an ...



Verdrängung passiert oft im Stillen – darauf macht dieses Flugblatt aufmerksam. (Bild: Lara Blatter)

C.D.: ... und geht bis zu Gruppierungen, die nicht zusammenspannen, weil irgendwann in der Vergangenheit mal was war.

D.K.: Ich bin absolut für Vernetzung, aber nicht für Homogenisierung. Denn die Anliegen werden immer divers sein und du wirst niemals alle an einen Tisch bekommen. Die einen fordern Enteignungen, die anderen wünschen sich kaum gesetzliche Regulierungen auf dem Wohnungsmarkt. Diese Bandbreite an Forderungen finde ich wichtig, damit sich alle gehört fühlen.

Die IG «Nicht im Heuried» lancierte eine Petition und auch ihr hier in Wollishofen habt eine Petition gestartet. Und diese Woche verkündete die Stadt die neuen Pläne für das Kibag-Areal – die ebenfalls auf Forderungen von Anwohner:innen zurückzuführen sind. Sind Petitionen als das schwächste politische Mittel die Lösung?

D.K.: Petitionen sind harmlose, aber einfache Formen, etwas zu äussern. Ihr Vorteil ist die Vernetzung und die Öffentlichkeit, die man bekommt. Alle, also auch Menschen ohne Stimmrecht, können unterschreiben, fühlen sich nicht alleine und empowered. Aber die strukturellen Probleme lassen sich mit Petitionen nicht lösen.

C.D.: Aber die Symbolik ist wichtig. Letzte Woche waren wir zu acht bei der Übergabe der Petition für das Heuried dabei und auch Vertreter:innen der Forchstrasse waren dort. Gemeinsam hat man die Unterschriften dem Stadtrat übergeben. Das hatte Kraft.

Die Vernetzung innerhalb Zürichs ist also wichtig. Aber was kann Zürich von anderen Städten lernen?

D.K.: Es gibt viele Städte, von denen wir abschauen können. Berlin etwa ist Vorreiterin, wenn es um den Diskurs rund ums Enteignen oder Ver-

gesellschaften geht. Und Wien hat ab 1920 aktive Wohnungspolitik betrieben, um preisgünstigen Wohnraum zu garantieren. In Wien gibt es dadurch so wenig privates Wohneigentum wie kaum in einer anderen europäischen Stadt. Der Boden gehört der Stadt und wer den Boden besitzt, hat die Entscheidungskraft, wie damit gehandelt wird. In Zürich gibt es das Drittelsziel noch nicht sehr lange. Ändert sich nichts an der aktuellen Wohnungspolitik, so bleibt es unrealistisch, dass wir das jemals erreichen.

Am 4. November findet in Zürich eine grosse, bewilligte Wohndemonstration statt. Kundgebungen rund um Freiräume und Wohnraum haben in Zürich einen schlechten Ruf. Ich erinnere an die Koch-Demo oder an jene von «Reclaim the Streets». Werden Sie im November auf die Strasse gehen?

D.K.: Ja.

C.D.: Wir werden auch dort sein.

D.K.: Darum ist die Demonstration auch bewilligt. Wir brauchen alle. Auch Familien aus Wollishofen sind Teil der Bewegung. Und das muss sichtbar werden.



Eine Stadt soll kein Renditeobjekt sein, sondern ein sozialer Kosmos, finden Can Deniz und Diana Krasovskaya. (Bild: Lara Blatter)

Parteien alles andere als einig

Das von Regierungsrat Ernst Stocker am letzten Freitag präsentierte Budget erntet nur bei der Mitte halbwegs Beifall. Was allerdings noch lange nicht bedeutet, dass es nicht in etwa so – mit einem Defizit von 390 Millionen Franken plus Einsparungen – verabschiedet werden wird. Für eine Steuerreduktion gibt es wenig Argumente, aber eine klare Mehrheit.

Koni Loepfe

Die Pointe im voraus: Der Zürcher Regierungsrat führte bis zum Amtsantritt von Ernst Stocker jeweils einen verbissenen Streit gegen pauschale Kürzungen. Wenn man sparen wolle, so argumentierte vor allem die ehemalige freisinnige Finanzdirektorin Ursula Gut verbissen, solle man gefälligst sagen, wo. Und nicht einfach in einem Sammelkonto verlangen, das Budget um eine generelle Summe zu verbessern und die Detailarbeit des Sparens oder der Mehreinnahmen dem Regierungsrat zu überlassen. Ernst Stocker wehrte sich zu Beginn seiner Amtszeit auch noch gegen diesen Pauschalverbesserungsvorschlag, allerdings mit deutlich weniger Energie. Er nahm es mehr oder weniger resigniert hin, froh, dass nichts Schlimmeres von ihm verlangt wurde. Da der Kanton seit acht Jahren in der Rechnung stets ein Plus schrieb, blieben die Auseinandersetzungen über die Pauschalkürzungen bei der Behandlung der Rechnung im eher theoretischen Bereich. Die Pointe beim Budget 2024: Ernst Stocker schlägt selber eine Pauschalkürzung vor. Er präsentiert ein Budget mit einem Defizit von 390 Millionen Franken

Die Pointe beim Budget 2024: Ernst Stocker schlägt selber eine Pauschalkürzung vor.

und verspricht sozusagen, 150 Millionen davon noch einzusparen, auch wenn er noch nicht sagen kann, wo dies genau erfolgen soll. Man kann sich leicht vorstellen, dass die Finanzkommission und/oder die Mehrheit des Kantonsrats diesen Betrag noch erhöhen werden, sodass ein zumindest beinahe ausgeglichenes Budget im Dezember verabschiedet werden kann.

Optimistischere Budgetierung?

Die jeweils grosse Differenz zwischen Budget und Rechnung beruht auf zwei Mechanismen. Für die linke Ratsseite liegt es auf der Hand, dass dies aus Berechnung geschieht: Ein budgetiertes Defizit ist ein gutes Ruhekissen, um Einsparungen durchzuboxen. Die Finanzverantwortlichen erklären dies mit einer seriösen oder normalen Budgetierung. Bei den Ausgaben nimmt man alle, die anfallen, auch wenn man weiss, dass einiges wohl nicht anfallen wird, wenn auch nicht wo. Bei den Einnah-

men budgetiert man, was sicher ist. Welche dieser beiden Versionen zutrifft, muss jeder und jede für sich entscheiden. Es ist wohl von beidem etwas. Was man unter anderem daran sieht, dass die deutlich besseren Rechnungsabschlüsse auch unter linken Finanzdirektor:innen in den Städten und Gemeinden eher die Regel als die Ausnahme waren.

Für 2024 hat Ernst Stocker gute Gründe für sein vorausgesagtes Defizit. Von der Nationalbank sind kaum grosse Beiträge zu erwarten. Er rechnet mit einer einfachen Auszahlung (119 Millionen Franken), was 600 Millionen Franken weniger als 2022 sind. Von der Kantonbank, die derzeit Rekordumsätze und -gewinne schreibt, ist ein höherer Beitrag als bisher zu erwarten, aber zur Kompensation des Nationalbankminus reicht es nicht. Zudem treten die Verschiebungen der Lasten bei den Ergänzungsleistungen und beim Strassenfonds erstmals in Kraft. Der Kanton verlor den Rechtsstreit mit den Gemeinden zu den Heimunterbringungen. Ernst Stocker rechnet damit, dass dies den Kanton weitere 100 Millionen Franken kosten wird. Die Annahme, dass die Ausgaben für Asyl und auch für die Krankenkassenprämien zunehmen werden, liegen auf der Hand, auch wenn der Bund eine halbe Milliarde Franken zusätzlich dafür ausgibt. Bei den Steuern geht die Regierung von Mehreinnahmen von 500 Millionen Franken aus.

Betreffend Verbilligung der Krankenkassenprämien bahnt sich, wie eine Fraktionserklärung der AL, der SP, der Grünen und der EVP diesen Montag erläuterte, ein Konflikt an. Bisher galt das sozialpolitische Ziel, dass rund 30 Prozent der Zürcher Bevölkerung eine Verbilligung der Krankenkassenprämien erhalten. Dieses Ziel will der Regierungsrat für die kommenden Jahre auf 26 bis 24 Prozent senken. Praktisch bedeutet dies, dass noch mehr Personen und Haushalte nichts mehr erhalten. Obwohl sie es wegen der Erhöhung der Krankenkassenprämien und dem nur bedingt erfolgten Teuerungsausgleich auf den Löhnen dringender als je benötigen würden.

Gleiches gilt für den Teuerungsausgleich und für Realloohnerhöhungen. Der Regierungsrat sieht für die Teuerung 2 Prozent vor, was nicht sicher reicht. Dazu kommen minimale Lohnerhöhungen. Es liegt auf der Hand, dass die Personalverbände damit nicht zufrieden sind. Der Kanton schreibt seit Jahren schwarze Zahlen und somit liegt es auf der Hand, dass das Personal in Zeiten der Teuerung und der steigenden Mieten nicht die Zeche bezahlen will. Auch wenn beim Kanton viele Angestellte

mit einem guten Lohn arbeiten, ist es nicht gerade eine Wertschätzung, wenn man an Kaufkraft ver-

Der Kanton schreibt seit Jahren schwarze Zahlen: Es liegt es auf der Hand, dass das Personal in Zeiten der Teuerung und der steigenden Mieten nicht die Zeche bezahlen will.

liert. Beim Kanton arbeiten aber auch Personen, die auf jeden Franken angewiesen sind.

1337 Stellen mehr

Zum grossen Streitpunkt könnte die Vermehrung um 1337 Stellen werden. Obwohl diese mit einigen Ausnahmen unvermeidlich ist. 3000 zusätzliche Schüler:innen verlangen mehr Lehrer:innen und Hortner:innen, mehr Studierende mehr Dozierende, die Pflegenot in der Spitälern ist mehr als aktenkundig, und dass am Flughafen 120 Polizist:innen zur Kontrolle fehlen, ist auch kein Geheimnis. Ein Teil dieser Kosten trägt der Kanton nicht selber, in der Bildung, bei den Spitälern oder beim Flughafen etwa. Dazu kommen noch beinahe Bösartigkeiten: So empört sich die GLP über 27 neue Stellen im Generalsekretariat der Volkswirtschaftsdirektion. Dabei wurde einfach eine Gruppe vom Amt für Wirtschaft ins Generalsekretariat verschoben.

Ein Hauptstreit wird der Steuerfuss sein. Dazu sage ich wenig. Der Regierungsrat und der Kantonsrat haben eine bürgerliche Mehrheit, und diese kennt kein grösseres Hobby als Steuersenkungen. Die Regierung gibt mit einem Prozent ein bisschen nach, FDP und SVP wollen mindestens zwei. Die Linke inklusive EVP keine. Dazu soll eine Senkung der Gewinnsteuer kommen, aber erst 2025 und erst nach einer Volksabstimmung. Für die Linke ein Tipp: Viel wichtiger als die Verhinderung einer Steuerfussenkung ist etwa eine Erhöhung der Verbilligung der Krankenkassenprämien oder mehr Geld für die Realisierung der Pflegeinitiative. Und es ist nicht zwingend ein Entweder-Oder. Und als Letztes: Die Investitionen bleiben mit 1,3 Milliarden Franken hoch, was fast alle goutieren.

Keine Wohnungen – aus gutem Grund

Am vergangenen Montag hat die Stadt Zürich den Masterplan «Seeufer Wollishofen» vorgestellt. Von der Quartierbevölkerung gab es Beifall dafür, dass in Zukunft doch keine weiteren Wohnungen vorgesehen sind. Von der Kibag nicht.

Sergio Scagliola

Stadtrat André Odermatt mahnte gleich zu Beginn der Infoveranstaltung, dass der Masterplan nur der Anfang eines langen und sorgfältigen Prozesses sei, der alle Beteiligten miteinbeziehen soll. Mit ihm existiere aber immerhin ein behördenverbindlicher Plan. Die Quartierbevölkerung in einem gut gefüllten Saal neben der St. Franziskuskirche schien während der ersten Viertelstunde angespannt, trotz eines aussichtsreichen Überblicks zu laufenden Projekten am linken Seeufer von Stadträtin Simone Brander. Das Warten galt der entscheidenden Frage nach den Wohnungen auf dem Kibag-Areal. Katrin Gügler, Direktorin des Amts für Städtebau, beantwortete sie kurz später: «Das Seeufer Wollishofen soll als Ort für Kultur, Soziokultur und Gewerbe gestärkt werden – ohne zusätzliche Wohnungen», weil dies heutigen öffentlichen Interessen widerspräche. Die Sonderbauvorschriften sollen deshalb aufgehoben und eine neue Nutzungsplanung erarbeitet werden. Nach der Applauspause ging man unter merklich besserer Stimmung im Saal zu den Details über.

Der Masterplan sieht zum Beispiel vor, die Verbindung Landi- und Saverawiese über der Werft neu zu gestalten und auch einen besseren Zugang zum durch Strasse und Gleisfeld abgeschnittenen Quartier einzurichten. Auch ein zweiter Zugang zur Saverawiese wäre sinnvoll. Direkt hinter der Wiese: Der sich bereits im Bau befindende Neubau der Karmon AG, damit auch viel Konfliktpotenzial, weshalb ein Übergangsbereich gestaltet werden soll. Auch eine Energiezentrale sowie eine Seewasserfassung sollen Platz finden, ebenso mehr Kulturangebote. Weiter soll der Grünraum auf den vorderen Teil des Kibag-Areals erweitert werden – bis zur Roten Fabrik. Für den restlichen Teil

des Kibag-Areals ist als Nutzungsschwerpunkt Gewerbe vorgesehen, also keine Wohnungen. Dass das die Kibag und Bürgerliche nervt, ist klar. Die NZZ fasst zusammen: «Für Grundeigentümer auf dem Platz Zürich sind Wohnungen Gold. Gewerbebauten sind bestenfalls Bronze.» Das stimmt: Vor allem, wenn die Wohnungen wie nebenan über 7000 Franken für eine Pärliwohnung mit Büro kosten.

Affront für die Kibag

Die Kibag hatte indes vor wenigen Monaten, als die Verkündung des Masterplans schon kommuniziert war, eine eigene Idee vorgestellt (P.S. berichtete am 14.7.23). Auch mit einer Freihaltezone vorne, aber mit Wohnungen hinten. Nur noch 70 statt wie zuvor gewünscht 200. André Odermatt ging nur kurz darauf ein: «Es steht jeder Eigentümerin frei, selbst Ideen zu entwickeln», die Grundlage für den Masterplan sei aber die letztjährige partizipative Testplanung. Bei der hatte sich die Ki-

Trotz des Beifalls für «keine Wohnungen»: Es könnte teuer werden für die Stadt.

bag wenig kooperativ bezüglich dem Hauptanliegen «keine Wohnungen» gezeigt. Auch klar wird aber: Der Masterplan ist mehr Verhandlungsbasis als Weisung. Denn es ist nicht so, als hätte die Kibag gar nichts mehr zu melden. In der NZZ ist sie dieser Möglichkeit schon jetzt nachgekommen – und stellt sich nach wie vor quer, wenn es um die Berücksichtigung aller anderen Interessen ausser den eigenen geht. Für die Firma sei, so heisst es in der NZZ, die gleichgestellte Einbringung in den Planungsprozess neben allen anderen Parteien



Die städtischen Ambitionen: in Dunkelgrün Grünraum auf dem Kibag-Areal, soziokulturelle Nutzung im Norden in Rot und Gewerbe in Blau. (Grafik: Stadt Zürich)

ein Affront – anscheinend weil «sogar» die Seepfadi mit am Tisch war? Der Kibag-Finanzverantwortliche Martin Kühn wird folgend zitiert: «Es ist schade, dass die Stadt uns keine wirkliche Möglichkeit gegeben hat, die neue Planung mitzugestalten.» Also trotz Testplanung und der Einladung, eine gemeinsame Vertiefungsstudie durchzuführen. Weiter heisst es auch: «Für uns scheint es keine andere Möglichkeit zu geben, als den Status quo zu belassen und auf viele weitere Jahre ein Betonwerk auf einem geschlossenen, nicht öffentlich zugänglichen Areal zu betreiben.» Bis 2030 muss der Status quo übrigens ohnehin belassen und das Betonwerk betrieben werden. Und obwohl teils von «Enteignung» die Rede ist, geht es hier primär nur darum, was eine Motion im Gemeinderat und eine Petition des Quartiervereins gefordert hatte – die Umzonung des Kibag-Areals in eine Industrie- und Gewerbezone mit Freihaltezone im vorderen Teil. So einfach ist das aber auch nicht. Trotz des Beifalls für

«keine Wohnungen» – Rekursmöglichkeiten, allfällige Entschädigungspflichten, Referenden und ähnliche Instrumente könnten das Vorhaben durchaus verkomplizieren und vor allem sehr teuer werden lassen. Bei der Stadt heisst es auf Nachfrage, Entschädigungen müssten bezahlt werden, «wenn die Einschränkungen soweit gehen, dass sie wie eine formelle Enteignung wirken», und gegen raumplanerische Massnahmen könnte die Kibag den Rechtsweg beschreiten. Was genau auf dem Areal passiert, hat also auch mit der Bereitschaft der Kibag zu tun, sich andere Vorschläge als den eigenen anzuhören. Die Hoheit über eine Anpassung der Zonierung hat die Gemeinde, aber absolut ist sie nicht und damit der Masterplan ebensowenig. Deshalb war die Wortwahl bei der Stadt wohl auch eher vorsichtig: Die Umzonung wird angestrebt, es sind keine Wohnungen vorgesehen. Ein Anwohner brachte die Unsicherheit auf den Punkt: «Ich hoffe sehr, dass das klappt, was Sie geplant haben.»

Relevante Themen, gute Stimmung und eine «Power-Fraktion»

Mehr Klimaschutz, mehr Biodiversität, Solarpanels auf allen Dächern und eine Gesellschaft, die frei von Diskriminierung ist: Das schwebt den Grünen vor. Glaubt man der ersten Wahlumfrage, greifen sie am 22. Oktober allerdings nicht nach den Sternen: Saufen sie gar ab? Porträt einer Partei im (Klima-)Wandel.

Nicole Soland

Es ist Samstagmittag in Schwamendingen, der erste Samstag im September, und es ist Chilbizeit. Berühmt ist sie, die Schwamendinger Chilbi, und so kurz vor den Wahlen sind natürlich alle da: Unüberhör- und -sehbar das Festzelt der SVP, wer gern schunkelt, ist dort richtig. Bei der SP gibts Speis und Trank, bei der FDP auch, wobei dort der Käse aussieht, als wäre er genauso gut in der prallen Sonne geschmolzen wie im Raclette-Öfeli. EVP und Mitte haben ihre Stände, die Grünliberalen locken mit lokalem Bier und – geschäftstüchtig, wie sie sind – mit gratis Popcorn dazu. Und die Grünen? Die muss die Auswärtige aus dem Kreis 4 ein bisschen suchen, der Stand ist in der zweiten Reihe versteckt. Wobei, samstags über Mittag ist der Andrang dort aus verständlichen Gründen überschaubar: Die Grünen betreiben an der Schwamendinger Chilbi seit zehn Jahren ihre Mojito-Bar, und die läuft nun mal am besten nach Sonnenuntergang, wenn DJ oder DJane an den Reglern stehen und für guten Sound sorgen.

Mehr Mitglieder

Natürlich ist die Grüne Prominenz trotzdem vor Ort, also frisch drauflosgefragt: Was ist den Grünen wichtig in diesem Wahlkampf, womit wollen sie die Wähler:innen überzeugen, und wie schaffen sie das? Anna-Béatrice Schmalz, die Präsidentin der Grünen Stadt Zürich und Gemeinderätin aus dem Kreis 3, will «gegen die Hetze von Rechts» vorgehen: «Es geht nicht nur um Vielfalt, sondern um Menschenrechte!», hält sie fest und verweist auf die Liste LGBTIQ+.

Die Grünen treten auf vier Listen an: Grüne (Liste 3), LGBTIQ+ (Liste 28), Für nachhaltiges Wirtschaften (Liste 31), Junge Grüne – Klima vor Profit (Liste 10). Doch birgt die LGBTIQ+-Liste nicht die Gefahr, dass die Kandidat:innen, die sich dort versammeln, vor allem als «speziell» hingestellt und so von der Hauptliste ferngehalten werden? Anna-Béatrice Schmalz kandidiert ja auch auf letzterer, auf dem ersten Platz nach den fünf Bisherigen, obwohl sie als Junge Grüne aufgeführt wird und sich im Gemeinderat bei LGBTIQ+-Themen engagiert. Von «auslagern» könne nicht die Rede sein, findet sie, viel eher von «sichtbar machen»: «Auch auf der Hauptliste finden sich queere Menschen. Es geht uns

darum, ein Zeichen zu setzen und darauf hinzuweisen, dass es in Sachen Gleichstellung noch viel zu tun gibt» – und nein, damit sei nicht gemeint, «auf dem Rücken von marginalisierten Personen Scheindebatten über Gendersternen» zu führen. Vielmehr sammeln die Grünen Kanton Zürich für die Wohnungsinitiative und zusammen mit der SP für die Klimafondsinitiative, und bei den Grünen Schweiz sind die Solarinitiative und die Demokratie-Initiative im Tun. Im Nationalrat möchte Anna-Béatrice Schmalz wichtige Themen aufgreifen und in diesem Parlament mit seiner bürgerlichen Mehrheit auf Kompromisse hinarbeiten: «Je mehr Menschen uns wählen, desto mehr können wir erreichen!»

Catalina Gajardo Hofmann, Co-Präsidentin der Grünen Kreis 11/12 und damit an der Mojito-Bar an der Schwamendinger Chilbi sozusagen die Hausherrin, blickt diesbezüglich optimistisch in die nahe Zukunft: «Unsere Kreispartei ist seit letztem Herbst am Wachsen.» Das sei nicht weiter verwunderlich – erste Umfrage zum Trotz: «Themen wie Klima, Biodiversität und soziale Gerechtigkeit sind relevant, und wir haben uns in den letzten vier Jahren gut positioniert.» Entsprechend gut sei die Stimmung in ihrer Kreispartei, fügt sie an.

Einblick in die «Power-Fraktion»

Wie sieht es diesbezüglich in Bundesbern aus? Nationalrätin Marionna Schlatter führt die Liste 3 an und gibt gern Auskunft über das, was sie die «Power-Fraktion» nennt: Nach der Klimawahl vor vier Jahren wuchs die Fraktion der Grünen stark an. Das Beste daran sei aber, dass es sich bei den vielen Neuen durchwegs um Menschen handle, die «seit Jahrzehnten aktiv Politik machen» und/oder die sich schon ebenso lange als Professor:innen auf einem für die Grünen relevanten Gebiet profiliert hätten.

Dennoch: Auch mit stark vergrößerter Fraktion sind die Grünen bekanntlich noch lange nicht an der Macht. Ob das auf die Stimmung drückt? Marionna Schlatter gibt zu bedenken, die Grünen könnten zwar bei einigen Themen nur die Opposition markieren, doch das Parlament habe sich verändert, auch dank der grösseren Präsenz der Grünen. Und ja, «manchmal finden uns die anderen mühsam, manchmal sind wir die, die nerven

und stören. Doch umgekehrt haben wir den Laden mit unserer Kraft und Präsenz aufgemischt.» Den Grünen gelinge es immer wieder, Zeichen zu setzen, etwa in der Sicherheits- oder in der Verkehrspolitik. Und manchmal schafften sie mehr als das: «Ohne die parlamentarische Initiative von Bastien Girod beispielsweise gäbe es heute keinen massiven Fortschritt für den Ausbau der Erneuerbaren mehr. Es gelingt uns immer wieder, unsere Themen aufs Tapet zu bringen, und von einer Position aus, die nicht mehrheitsfähig ist, schlussendlich einen Kompromiss zu erreichen.»

Das habe auch damit zu tun, dass die Grünen «immer bereit» seien, sagt Marionna Schlatter. Beziehungsweise der Zeit voraus: «Als ich vor 20 Jahren zu den Jungen Grünen ging, forderten wir eine Solarpflicht auf allen Dächern.» Auch viele anderen ihrer aktuellen Forderungen hätten die Grünen schon vor Jahren erstmals gestellt: «Das führt

«Als ich vor 20 Jahren zu den Jungen Grünen ging, forderten wir eine Solarpflicht auf allen Dächern.»

Marionna Schlatter

dazu, dass wir heute extrem bereit sind, wenn eine unserer Ideen gute Chancen hat, in weiteren Kreisen auf Zustimmung zu stossen. Wir können praktisch aus dem Stand loslegen.» Die Grünen arbeiteten wo immer möglich mit anderen zusammen, «nicht nur mit der SP». Vor allem aber seien alle Fraktionsmitglieder gut vernetzt, insbesondere die Nationalrät:innen in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK), wo neben Bastien Girod der Thurgauer Kurt Egger besonders hervorstechen, sagt Marionna Schlatter: «Er kann zu jeder Vorlage alle relevanten Zahlen aus dem Ärmel schütteln.» Kurz: Die Grünen hätten sich auf nationaler Ebene zu einer eingespielten Truppe mit einem bestens aufgestellten Sekretariat entwickelt.

Nichtsdestotrotz verschweigt Marionna Schlatter die «Herausforderungen» nicht: «Auch vielen politisch interessierten Menschen ist nicht



Momentaufnahme des Wahlkampfes der Grünen mit (von links nach rechts) Ständeratskandidat Daniel Leupi, Nationalrätin Marionna Schlatter, Catalina Gajardo Hofmann, Co-Präsidentin der Grünen Kreis 11/12 und Anna-Béatrice Schmalz, Präsidentin der Grünen Stadt Zürich, an ihrem Stand an der Schwamendinger Chilbi. (Bild: Nicole Soland)

klar, dass wir in der Schweiz stets eine bürgerliche Mehrheit hatten und dass sich das trotz der Klimawahl 2019 nicht geändert hat. Wir müssen unsere potenziellen Wähler:innen davon überzeugen, uns trotzdem erneut ihre Stimme zu geben.» Eine Schwierigkeit dabei, die Marionna Schlatter nicht an die grosse Glocke hängen will, sei hier trotzdem ausgedeutet: Sie ist die einzige Nationalrätin aus dem Bezirk Hinwil, doch im «Zürcher Oberländer» war noch nie ein Porträt über sie oder ein Interview mit ihr zu lesen. Man stelle sich kurz vor, sie wäre bei der SVP...

Feindbild Klimakleber?

Ein anderes Thema hingegen beschäftigt sowohl sie wie auch die Co-Präsidentin der Grünen Kanton Zürich, Selma L'Orange Seigo, oder Bastien Girod in seiner Kolumne im P.S. von letzter Woche: die «Klimakleber». Bastien Girod schrieb unter anderem, die Klimakleber nervten die falschen Leute: «Manch einer wird aus Trotz SVP wählen.» Selma L'Orange Seigo findet es zwar «nicht lässig, wenn wir in den gleichen Topf geworfen werden wie die Klimakleber». Umgekehrt sei es aber auch billig, auf diesen herumzuhacken: «Es gibt keinen Schuldigen. Wir müssen uns gemeinsam anstrengen und als Gesellschaft etwas gegen den Klimawandel tun.» Vor vier Jahren hätten sich die Leute darüber aufgeregt, dass Schüler:innen vors Rathaus zogen und die Schule

schwänzten, fügt sie an. Aber auch sie ärgert sich, dass Klimakleber die Falschen trafen: «Der Búezer auf dem Heimweg sollte nicht unter solchen Aktionen leiden müssen.» Marionna Schlatter ergänzt, alle wüssten, «dass die Klimaaktivist:innen recht haben und wir mehr fürs Klima machen müssten». Doch es gebe verschiedene Arten, sich mit einem Thema zu befassen: Einige provozierten mit solchen Aktionen, andere machten institutionelle Politik, so wie sie selber.

«Hauptprobe schlecht, Konzert gut»

Und wie steht es nun mit den Chancen der Grünen? Wie gross bleibt die grüne Vertretung in Bern? Auf die erste Umfrage angesprochen, erklärt Selma L'Orange Seigo, es sei wie in der Musik: «Wenn die Hauptprobe schlecht läuft, wird das Konzert gut.» Es sei allen klar, dass diese Wahlen «kein Selbstläufer» seien: «Wir wissen, dass wir alles geben müssen.» Sich durch eine Umfrage ermutigen zu lassen, sei aber kein Thema. Der Wahlkampf laufe gut, und wenn sie den potenziellen Wähler:innen erklärten, dass eine «Grüne Welle» im Schweizer System noch lange keine Mehrheit mache, dann komme das an. «Wir erreichen viele Junge und viele Frauen, und selbst wenn einem die kantonalen Themen eigentlich näher sein müssten, ist es bei nationalen Wahlen einfacher, zu mobilisieren», hat die Co-Parteipräsidentin

festgestellt: «Das liegt sicher daran, dass unsere Themen relevant sind.» Wobei auch die Grünen diesbezüglich mitunter angefeindet werden: Die kommen immer wieder mit dem Klima, das nervt! «Ja, das wirft man uns manchmal vor», sagt Selma L'Orange Seigo. «Mir ist allerdings nicht ganz klar, weshalb das ein Problem sein soll: Die SVP bringt bekanntlich seit Jahren immer die gleichen Themen.» Wo sie recht hat...

Nachtrag: Am Mittwochabend kam das neuste Wahlbarometer der SRG heraus. Es prognostiziert den Grünen ein Minus von 2,5 Prozent – heisst einen Wähler:innenanteil von 10,7 Prozent. Balthasar Glättli, Präsident Grüne Schweiz, kommentiert das Wahlbarometer auf Anfrage wie folgt: «Schon vor vier Jahren war die Schlussmobilisierung entscheidend für die Wahlen. Noch im allerletzten Wahlbarometer elf Tage vor dem Rekordergebnis von 13,2 Prozent wurden den Grünen bloss 10,7 Prozent vorhergesagt – diesen Zwischenstand haben wir nun bereits einen Monat früher erreicht und sind wieder auf dem aufsteigenden Ast.»

PARTEIEN IM WAHLKAMPF

Wie geht es den Parteien links der Mitte im Wahlkampf, was freut oder ärgert sie, was sind ihre Themen? P.S. fragt nach – diese Woche bei den Grünen.

Sozialdemokratische Migrationspolitik

Die SP muss eine eigenständige und mehrheitsfähige Position zur irregulären Migration und Zuwanderung entwickeln, um soziale und humanitäre Interessen zu schützen und der fremdenfeindlichen Politik der SVP wirksam entgegenzutreten.

Der massiv zunehmende Migrationsdruck aus afrikanischen Ländern (Experten erwarten eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl in Afrika bis 2050) und aus dem Nahen und Mittleren Osten ist für Europa eine Zeitbombe. Bei der irregulären Migration handelt es sich überwiegend um junge Männer, die auf ein besseres Leben in Europa hoffen. Nur eine Minderheit sind Flüchtlinge gemäss Genfer Flüchtlingskonvention. Die ärmsten Menschen migrieren nur in benachbarte Regionen, ihnen fehlen die Mittel für Schlepperdienste.

Die vielen Toten auf dem Mittelmeer machen sehr betroffen. Aber offene Grenzen und umfassende Rettungsaktionen bieten keine Lösung für die Migrationsprobleme, im Gegenteil: Solche Massnahmen

- zementieren das wirtschaftliche Gefälle zwischen Europa und den Fluchtländern und untergraben eine positive Entwicklung in den Herkunftsländern,
 - beflügeln die Schlepperkriminalität und
 - destabilisieren die europäische Gesellschaft.
- Für eine tragfähige Migrationspolitik braucht es eine multiperspektivische Sichtweise.

Irreguläre Zuwanderung bedroht die Solidargemeinschaft

Die Einwanderung hat wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg und zur sozialen und kulturellen Vielfalt der Schweiz beigetragen. Voraussetzung dafür ist die erfolgreiche Integration der Zugewanderten und die Akzeptanz in der einheimischen Bevölkerung. Der Staat bildet eine Solidargemeinschaft, basierend auf einem Zusammengehörigkeitsgefühl, gemeinsamen Werten, einem Mindestmass an gemeinsamem Wohlstand und dem Schutz von Umwelt und Lebensqualität. Er ist auch ein Gesellschaftsvertrag mit Rechten und Pflichten und sozialer Absicherung für alle sowie ein von allen anerkanntes System der Demokratie, der Meinungsvielfalt und der Rechtsstaatlichkeit.

Eine rasch wachsende irreguläre Zuwanderung ohne ausreichende Integration ist eine ernstzunehmende Bedrohung dieser Solidargemeinschaft. Sie führt zu gesellschaftlichen Zerreissungen und zum Durchmarsch extrem rechter und fremdenfeindlicher Parteien wie der SVP, AfD, Marine Le Pens Rassemblement National oder Melonis Fratelli d'Italia, die dann auch das Asylrecht weitgehend canceln werden. Die SVP profitiert maximal von ungelösten Migrationsproblemen. Eine von der SP mitgetragene pragmatische Migrationspolitik, welche eine Vermeidung der irregulären Zuwanderung miteinschliesst, würde der SVP das Wasser abgraben.

Irreguläre Zuwanderung durch Abklärung nahe den Herkunftsländern verhindern

Früher war die Zuwanderung und Integration kein so grosses Problem wie nun seit 2015. Die meisten irregulären Migranten und Migrantinnen

Früher war die Zuwanderung und Integration kein so grosses Problem wie nun seit 2015.

aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten haben wenig Chancen auf Erfüllung ihrer Träume von einem besseren Leben in Europa. Nicht wenige bezahlen mit ihrem Leben oder erleben schwere menschliche Tragödien, Millionen leben ohne Hoffnung und Perspektive in irgendwelchen Lagern. Ihr Fokus sollte vielmehr in einer positiven wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in ihren Heimatländern liegen.

Ein konsequenter Schutz der europäischen Aussengrenze und kompetente Vorabklärung der Asylgesuche möglichst nahe bei den Herkunftsländern hätte wesentliche Vorteile: (1) sicherer Transfer der Flüchtlinge mit Chancen auf Asyl nach Europa; (2) ein klares Signal an potenzielle Migranten, dass ein irregulärer Migrationsversuch nach Europa aussichtslos ist.

Nur ein solches strenges Grenzregime kann auch das kriminelle Schleppergeschäft weitgehend stilllegen und die Anzahl Tote auf dem Meer minimieren.

Kontingente für reguläre Zuwanderung schaffen

Als Ausgleich für die nicht erwünschte irreguläre Migration sollten grosszügige Kontingente für eine reguläre Zuwanderung verfügbar gemacht werden, für die sich migrationswillige Personen bewerben können (Vorschlag u.a. von Ruud Koopmans) – beschränkt eben durch das Erfordernis einer vollen Integrationsmöglichkeit im Einwanderungsland.

Der Jugend in den Auswanderungsländern eine Perspektive geben

In manchen afrikanischen Ländern wählt die Mehrheit der Bevölkerung immer wieder die populistische, korrupte und unfähige Politikergarde. Es ist die jüngere Generation, welche reformorien-

tierte und fähige Politikerinnen und Politiker unterstützt. Die massenhafte Auswanderung junger Männer untergräbt eine positive Entwicklung in den Herkunftsländern.

Eine starke Förderung der staatlichen und vor allem privatwirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit soll den Menschen dort Perspektiven ermöglichen und das Wohlstandsgefälle zu Europa verkleinern. Das geht nur mit einschneidenden Kompromissen, denn die Herrschenden dieser Länder wollen nicht mit unseren Vorstellungen von Menschenrechten und guter Staatsführung belehrt werden.

China und Russland fördern die Auswanderung aus afrikanischen Ländern

Das erfolgreiche geostrategische Ringen dieser Grossmächte um Einfluss und Herrschaft in Afrika ist schlecht für die afrikanischen Länder, für den Westen und für die Demokratie. Das Einfallstor für China und Russland sind die korrupten und inkompetenten Machteliten. China wie Russland fördern indirekt die Auswanderung der Jungen, weil dies das korrupte Machtsystem stützt und weil eine massenhafte irreguläre Migration nach Europa sich auf die europäischen Länder destabilisierend auswirkt.

Grundpfeiler einer sozialdemokratischen Migrationspolitik

- Die Schweiz unterstützt ein strenges Grenzregime an den europäischen Aussengrenzen. Anstelle der irregulären Migration soll es mehr Kontingente für migrationswillige Menschen geben.
- Sie unterstützt eine faire Vorabklärung von Asylgesuchen ausserhalb von Europa in kompetenten Abklärungsstellen, welche humanitären Anforderungen genügen.
- Eine Integration aller bisher Zugewanderten ist unabdingbar. Neue Zuwanderer soll die Schweiz nur in dem Ausmass aufnehmen, wie sie in der Lage ist, ihnen eine volle soziale und berufliche Integration zu ermöglichen.
- Die Schweiz unterstützt verstärkte europäische Anstrengungen, den Flucht-Herkunftsländern eine effektive und lokal akzeptierte Entwicklungszusammenarbeit zu bieten, um so den Menschen dort eine Perspektive zu geben.

Michael Oliveri, Sibylle Eugster, Hans Kissling, Andres Oehler, Ueli Schwarzmann, Liliane Waldner, Jürg Weber, Johann Zürcher – Mitglieder des Stammtischs der Reformplattform. Sozialliberal in der SP (Kontakt: fabio1thaller@gmail.com)

Dysfunktional

In Kombination zeichnen «Rimini» und «Sparta» ein sehr befremdliches Menschenbild.

Wieder steht der demente Altnazi Ekkehart (Hans-Michael Rehberg) nach der Mama flennend und ins Leere starrend in seinem Altersheimzimmer als Schlussbild. Ulrich Seidl nennt «Sparta» über Ewald (Georg Friedrich) den «Bruderfilm» zu «Rimini» über Richie Bravo (Michael Thomas) (P.S. vom 7.10.22). Beide abgehalfterten Männer haben ein dysfunktionales Verhältnis zu ihren Emotionen und zur Sexualität, was durch diese parallele Schlusszene als massgeblich vom Vater abhängig inszeniert wird, ohne dass diese psychopathologische Andeutung weiter ausformuliert würde. Während Richie Bravo nach Anerkennung gierte und für diese scheinwahrende Selbstlüge mit sexuellen Diensten für ältere Damen bezahlte, ist Ewald ein weitgehend misanthropischer, in sich gekehrter Peter Pan, der zu Beginn von der Partnerin Schlappschwanz geschimpft, reissaus nimmt, um in Rumänien eine in sich abgeschlossene Knabentraumwelt aufzubauen, wo er den Heranwachsenden nahe sein kann, den vermeintlich seinesgleichen. Seine pädosexuelle Empfindung zeigt sich allein im insgeheimen Schauen und Fotografieren und dem scheinbar schambefrei-



ten sich selbst Exponieren. Die Not des Mannes schafft Seidl auch diesmal ungeheuer schmerzlich nahbar zu vermitteln. Irritierend ist der Steilpass zur möglichen Verkürzung durch die direkte Gegenüberstellung der emotional und sexuell zerrütteten Brüder, Nazis selbst und noch ausgeprägter die Nachkommen, wären letztlich unfähig zu emotionalen und körperlichen Verbindungen. Was im übelsten Fall das Narrativ eines Opfers der Umstände generationenübergreifend weiter spinnt. Also den Nachkriegs-Abwehrreflex einer höchstensfalls Mitläuferverantwortung ergo die ausgebliebene Verarbeitung einer verinnerlichten Menschenverachtung, letztlich als ein vererbtes Trauma benennt, das als anscheinend unbewusste Dominante auf die Nachkommen wirkt und deren realen Nähe-Umgang hochgradig eigentümlich werden lässt. Ist das so? *froh.*

«Sparta» spielt im Kino RiffRaff.

Hierarchien

Dünkel entfaltet seine Wirkmacht jenseits jeder vermeintlichen Rechtfertigung.

Das individuelle Interesse und die Begabung, gepaart mit dem Umstand, als allererster in der Familie überhaupt ein Studium absolvieren zu können, lässt die Erwartungen von Léopold (Melvin Boomer), aber auch die an ihn überproportional steigern. Berufsziel: Arzt. Der ganze Familienclan, ja die ganze Banlieue sieht in ihm bereits eine Gottheit in Weiss und verspürt darüber grossen Stolz. Nur ist der Numerus clausus zu streng oder handkehrum Léos Leistung dafür ungenügend.

«Sage Homme» von Jennifer Devoldère beschreibt eine unfreiwillige Bewusstwerdung, während einer Fokussiertheit auf das Maximum zugleich jede Wahrnehmung für das Wesentliche zu verlieren. Allerdings steht Léo damit überhaupt nicht allein auf weiter Flur, sondern auch die effektive Hierarchisierung im Spitalalltag entspricht exakt diesem vorgefassten Bild, dass ein Titel den Wert einer Person und ihrer Tätigkeit bemisst.

Offensichtlich peinlich berührt und darüber hinaus recht missmutig, schreibt sich Léo zur Hebammenausbildung ein. Allein mit dem Ziel, nach zwei Jahren als Quereinsteiger doch noch zum Medizinstudium zugelassen zu werden. Ent-



sprechend ist sein Arbeitseifer. Und darüber verkennet er vollends, welches Glück er mit seiner Lehrmeisterin Natalie (Karin Viard) hat, die ihn früh auf die Komplexität der Aufgabe heranzuführt.

Eine Hebamme ist eine medizinische Fachkraft, zugleich Mediatorin zwischen den erregten Paaren, Seelsorge für die sich allein fühlenden Mütter und darüber hinaus mit einer rein medizinischen Gefahr des Überlebens von Mutter und Kind konfrontiert, die gemeinhin für eine Petitesse angesehen wird. Dass sich ausgerechnet Karin schon seit Jahrzehnten gegen den Dünkel der Ärzt:innen zur Wehr setzt und letztlich darüber stolpert, dass eine beherzt ausgeführte Lebensrettung institutionell für geringer angesehen wird als das buchstabengetreue Berücksichtigen von Kompetenzgrenzen, gibt dem Film einen nochmals neuen Twist. *froh.*

«Sage Homme» spielt im Kino Movie.

Ein Leben

Erfüllt ein einfühlsam gelebtes und rechtschaffen geführtes Leben bereits einen Sinn?

Die Sprünge zwischen den Zeitebenen machen die Erzählweise für «Il Colibri» von Francesca Archibugi vordergründig nicht besonders zugänglich, dafür zahlt sich ein Urvertrauen, sie würde einen schon nicht im kompletten Schilf stehen lassen, letztlich mehrfach aus. Basierend auf dem gleichnamigen Roman von Sandro Veronesi erzählt sie die Lebensgeschichte von Marco Carrera (Pierfrancesco Favino) mit all ihren Schicksalsschlägen, emotionalen Umgebungsbeziehungen, unausgesprochenen Geheimnissen, Empfindungen von Schuld und der insgeheimen Furcht davor, Sehnsüchte in eine gelebte Realität zu überführen. Aus seiner Perspektive und unter Mitwirkung aller anderen. Dabei tappt die Regisseurin nicht in die Falle, jede hinterletzte Ahnung in eine auserzählte Gewissheit zu überführen, sondern belässt



sinnlich-emotional Selbsterklärendes in der einem Verstehen entgegenkommenden notwendigen Schwebel.

Eine Lebzeitenliebe verbindet Marco mit der Nachbarin aus Kinderferientagen Luisa Lattes (Berenice Bejo), deren keusche Innigkeit ihm sie, ihr Gatte, sein Bruder Giacomo (Alessandro Tedeschi) und seine Frau Marina (Kasia Smutniak) gleichermaßen vorwerfen und in der Folge den Psychoanalytiker Daniele Corradori (Nanni Moretti) dazu veranlasst, seinen Berufsethos der Verschwiegenheit zu brechen, weil er um Marcos Leben fürchtet. Wirtschaftlich dominiert dem entgegen die grosse Sorglosigkeit, die genauso einen gewissen Druck ausüben kann, wie sie die Erinnerung an die Zerrüttung der Familie nach dem jugendlichen Suizid der grossen Schwester tendenziell färbt oder längst überwunden geglaubtes Konkurrenzgebaren unter Alphamännchen erst wieder anstachelt. Eine starke Schauspielriege fächert hier sämtliche erdenklichen Überlappungen und Vermengungen zwischenmenschlichen Daseins analytisch geschärft und emotional einnehmend auf, dass zuletzt die entweder simpel oder überhaupt nicht beantwortbare Sinnfrage steht. *froh.*

«Il Colibri» spielt im Kino Piccadilly.

Schwanengesänge und neoliberale Komödie

Samstag, 9. September

8.30 SWR: «**Das Erbe des Erziehungs-experten.**» Silvia Plahl über Jesper Juul.

10.00 DLF: «**Klassik, Pop et cetera.**» Heute mit der Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy.

11.00 DLF: «**Von torfigem Whisky und rülpfenden Kühen.**» Schottland und der Klimawandel. David Ehl und Katharina Peetz in der Reihe Gesichter Europas, Dünn besiedelt, reich an Natur und erneuerbaren Energiequellen – die Voraussetzungen, sich auf den Klimawandel einzustellen, sind verhältnismässig gut. Trotzdem kommen auch auf Schottland grosse Herausforderungen zu: Schneedecken in den Highlands verschwinden und verändern das dortige Ökosystem. Whisky-Brennereien stehen vor der Frage, wie sie nachhaltiger arbeiten können. Windstromanlagen bereitet Traditionsbranchen wie der Fischerei neue Sorgen. Wie wird dort nach guten Lösungen gesucht? Gleichzeitig wiederholt SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Jakob Kern, jetzt pensioniert im Unruhestand, davor – nebst vielem anderen – ein Vierteljahrhundert für das Welternährungsprogramm der UNO tätig.

14.00 SRF 2: «**Diskothek.**» Diesmal eine zweistündige Besprechung verschiedener Versionen von Franz Schuberts «Schwanengesang». Dort sei beispielsweise im «Atlas»-Lied der Schmerz derart gross, «dass er wie die Last der ganzen Welt auf den Schultern des Protagonisten hockt», und der Komponist habe im Dichter Heinrich Heine einen Gleichgesinnten gefunden, steht in der Programmvorschau. Allerdings «schmerzt und beglückt» das musikalische Resultat offenbar gleichermaßen. Bitte auch die «Musik unserer Zeit» am Abend beachten!

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Emil Steinberger, Kabarettist, im Gespräch mit Markus Brock. Er ist inzwischen neunzig

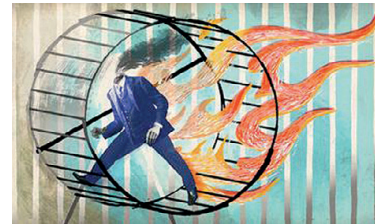


geworden und viele Millionen haben seit den 70er-Jahren über diesen «Emil» viele Tränen gelacht. Seit zehn Jahren lebt der Luzerner mit seiner Frau Niccèl in Basel, macht mit ihr zusammen auch Kunst. Hier erzähle er, «wie er es schafft, mit 90 noch voller Energie und Neugier zu sein».

19.00 SWR: «**KI-Mom.**» Science-Fiction-Serie von Seroton. Heute: Home, Sweet Home und Freundschaftsdienste.

20.00 DLF: «**Traumrollen.**» Hörspiel von Jean-Claude Kuner. Vor zehn Jahren mit Nadja Tiller und Fritz Lichtenhahn produziert. Nadja Tiller starb im Februar. Damals hatte sie mit ihrem Kollegen, der wie sie in der Hamburger Seniorenresidenz Augustinum lebte, fiktiv einen Auftritt in einem Seniorenheim geprobt, einen Thea-

terabend über die Liebe ... Parallel bei SRF 2 Kultur: «Der Betreuer» von Nis-Momme Stockmann. Angekündigt als düsterschiller Near-Future-Komödie, welche «von der Absurdität neoliberaler Lebensideale» erzähle und die Frage stelle, «wo in einer komplett durchoptimierten Welt noch Lücken für das «schöne Leben» sind».



Exemplarisch steht dafür ein völlig ausgebrannter sogenannter Risikocontroller, dem nun ein «staatlich anerkannter» Betreuer weiter helfen soll. Dies im Rahmen eines Modellversuchs der Regierung, die so der explosionsartig zunehmenden Berufsunfähigkeit wegen Überforderung und Depressionen begegnen will. Der zuerst widerwillig Betreute weiss mit der Zeit die Vorzüge dieser «Reevaluierung seines Lebens durch Dritte» zu schätzen.

21.00 SRF 2: «**Musik unserer Zeit.**» Heute in der Serie über Klassiker der Moderne: Bela Bartóks Bratschenkonzert. Es wird in der Vorschau als unvollendeter Schwanengesang bezeichnet. Florian Hauser bemüht sich mit dem Bratschisten Nils Mönkemeyer um «Annäherungen» an das nach Skizzen restaurierte Stück.

22.00 DLF: «**Unsichtbare Tinte und Gesänge der Hoffnung.**» Eduardo Cáceres' Kompositionen gegen die chilenische Militärdiktatur. Beleuchtet von Tina Vogel im Atelier neuer Musik. Vor einem halben Jahrhundert, am 11. September 1973, bombardierten Streitkräfte ihren eigenen Regierungspalast. Präsident Salvador Allende nahm sich das Leben, Augusto Pinochet nahm sich die Macht. Bis in die 1990er-Jahre herrschte seine Militärjunta. Cáceres, Jahrgang 1955, erlebte diese Zeit von seinen Studienjahren an. Er thematisierte auch politisch-soziale Verwerfungen der Vergangenheitsbewältigung.

23.00 DLF: «**Genie am Ball.**» Tom Noga und Steffen Irlinger führen durch eine Lange Nacht über Aufstieg und Fall des Diego Armando Maradona. Und bei SWR 2 kommen in der Vormitternachtsstunde noch Pigor und Eichhorn mit ihrem Volumen X zum Zug: «Zwischen Chanson und Salon-Hip-Hop.»

Sonntag, 10. September

8.30 SRF 2: «**Von einem Priester missbraucht, bald zum Diakon geweiht.**» Daniel Pittet in einem Perspektiven-Porträt von Valérie Wacker. Parallel bei SWR 2: «Hygiene im Haushalt.» Science Talk mit Markus Egert, Mikrobiologe.

9.30 DLF: «**Mit dem Unbekannten flirten.**» Slavenka Drakulić und Silvia Boven-schen über das Älterwerden.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Thomas Bär, Hotel Weisses Kreuz, Bergün.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Henrike Naumann, Installationskünstlerin.

14.00 SWR: «**Blinde Date in Dehli.**» Die unglaubliche Mrs. Monga. Feature von Johanna Rubinroth und Tanja Krüger.

15.00 SRF 2: «**Grand Prix Musik 2023.**» Trompeter Erik Truffaz, der Gewinner.

18.20 SWR: «**Babyn Jar.**» Der zweite Teil der Dokumentation von Fabian von Freier und Andreas von Westphalen.

20.00 DLF: «**Ancient to the future.**» Die junge Musik der Alten. Feature von Olaf Karnik und Volker Zander.

Montag, 11. September

14.00 SRF 1: «**Der Eselikrieg im Räpsacker.**» Nach einer Kalendergeschichte von Jeremias Gotthelf.

15.00 SWR: «**Allein sein und sich selbst entdecken.**» Frank Schüre über Lebensziele junger Erwachsener. Teil zwei. Mehr in einer Woche.

15.30 und 23.00 SWR: «**Die Bäder von Lucca.**» Reisebericht von Heinrich Heine, Gelesen in fünf Folgen von Dietrich Fischer-Dieskau. Fortsetzung morgen!

19.15 DLF: «**Andruck.**» Das Magazin für Politische Literatur.

22.30 SWR: «**Ich bin mit dem, was ich tue, ein sehr glücklicher Mensch.**» Cornelia Strunz, Ärztin am Desert Flower Center Waldfriede Berlin, im ARD-Gespräch. Sie berät und hilft seit zehn Jahren vorab Frauen, deren Genitalien verstümmelt wurden.

Dienstag, 12. September

8.30 SWR: «**Europas teurer Zugang zum Weltraum.**» Dirk Asendorpf über die neue Ariane-Rakete.

15.00 SWR: «**Auch ich habe lebenslanglich.**» Andreas Boueke über Opfer, die auf Täter treffen.

19.15 DLF: «**Den Jahren mehr Leben geben.**» Wohnalternativen 60plus. Feature von Ingeborg Breuer.

20.00 DLF: «**Monsieur Bougran geht in Pension.**» Hörspiel nach der Novelle von Joris-Karl Huysmans. Er will sich mit den Regeln des öffentlichen Dienstes, die ihn aus seinem Büro vertreiben, nicht abfinden und begibt sich in einen wahrhaft heroischen Widerstand, aber ... SRF 2 Kultur lädt derweil zum «Late Night Concert». Stéphane Wrembel beim Jazzfestival Bern

Mittwoch, 13. September

8.30 SWR: «**Nahtoderlebnisse.**» Martina Keller betrachtet sie wissenschaftlich.

10.00 DLF: «**Agenda.**» Zu viele Probleme, zu wenig Lösungen? Die wachsende Unzufriedenheit mit dem Staat.

15.00 SWR: «**Nichts war erträglich.**» Friedhelm Brebeck und der Krieg in Bos-

nien. Der zweite Teil dieses von Martin Durm zusammengeführten Porträts über den ehemaligen ARD-Korrespondenten ist morgen zu hören.

20.00 DLF: «**Unser letzter Urlaub.**» Rocco Thiede über die Pflege seiner Mutter. Parallel dazu bei SRF 1 im Spasspartout: «Es ist angerichtet.» Kleinkunst-Saison 2023/24. Und bei SRF 2 Kultur: «Musik unserer Zeit.» Gleich zwei Stunden über und mit Enno Poppe, composer in residence am Lucerne Festival 2023.

21.00 DLF: «**Mich interessieren Menschen mehr von innen.**» Anja Buchmann porträtiert die Musikkabarettistin Tina Teubner, tatsächlich im nordhessischen Witzenhausen geboren.

Donnerstag, 14. September

8.30 SWR: «**Was bleibt von Freud?**» Beate Krol zur Psychoanalyse heute.

10.00 DLF: «**Gemeinsam heizen.**» Was Fernwärme und Nahwärme bieten.

15.00 SWR: «**Schicksal ist, was kommt.**» Friedhelm Brebeck und die Katastrophe im Ahrtal.

Freitag, 15. September

10.00 DLF: «**Starkregen, Dürre, brennende Wälder.**» Wie wird sich unser Urlaubsverhalten ändern?

15.00 SWR: «**Krypto! Der Traum vom magischen Internetgeld.**» Feature von Maximilian Netter und Klaus Uhrig. Heute als letzte Folge der Serie: Bang!

20.00 DLF: «**Mutters Schatten.**» Kehr-aus im Elternhaus. Feature von Lorenz Rollhäuser. Stille im Haus, nur der Klang der Schritte. Vor vier Jahren ist der Vater gestorben und nun auch die Mutter im Pflegeheim. Zum ersten Mal allein hier, in diesem vollgestellten Einfamilienhaus: 200 Quadratmeter, dazu Keller und Dachboden, seit Jahrzehnten nicht mehr richtig aufgeräumt. Häkeldeckchen, Schnapsgläser aus Stettin, vergilbte, blasse Fotos. Erinnerungen an eine längst vergangene Zeit, eine Jugend gegen Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre in der deutschen Provinz. Zusammen mit seinem Bruder leert der Autor das Haus.

Gleichzeitig bei SRF 1: «Tannenklirren» von Eva Strasser. Heute: Der Mann im Keller. Die erste von acht freitäglichen Folgen. Angepriesen als «pralle Mystery-Crime-Serie».

Und bei SRF 2 in der Passage: «Im Schatten von Konfuzius.» Sven Ahnert auf Spurensuche in China. Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr. Dann mehr!

22.00 DLF: «**Der heimliche König des Bebop.**» Odilo Clausnitzer zum 100. Geburtstag des Trompeters Fats Navarro.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. **Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

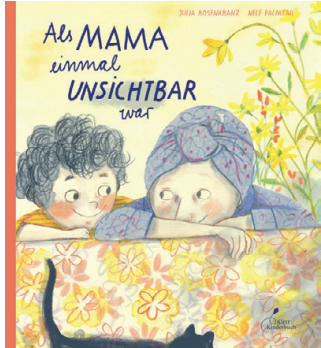
Bücher der Woche

Wenn alles verschwindet

Mama ist krank. Krebs, sagt sie. Unsichtbar zuerst: «Keine Rotze. Kein Husten. Kein Bauchweh.» Und gerade deshalb verstörend. Es ist kein Buch, das erklärt, was im Körper vorgeht, sondern eines, das sich mit dem Erleben des Kindes befasst. Hennie schwimmt in den Veränderungen, in deren Unberechenbarkeit. «Krebs macht, dass irgendwie alles verschwindet. Eins nach dem andern.» Die Wörter, das Lachen, Mamas Kraft und dann auch noch die Haare. «Alle auf einmal.» – «Du siehst aus wie Opa», sagt Hennie. «Irgendwie komisch.» Als Mama eine Weile ganz verschwindet, ist es mit der Gefasstheit aus. Die Tür knallt gegen Papis Nase. «Dummer Scheiss-Papa!» ruft sie. In ihr «ist eine Wut, die gar nicht mehr in sie hineinpasst». Da kommt Mama, «wie ein Bademantelgespenst», setzt sich, streichelt ihr übers Haar. Die Wut wird leiser «und läuft überall aus Hennie heraus».

Einmal wird es Frühling, die Haare beginnen zu wachsen. «Jetzt können wir wieder gesund werden», sagt Mama. «Wir dreii!» Ein berührendes Buch zu einem schwierigen Thema, poetisch und ermutigend. *so*.

Julia Rosenkranz, Nele Palmtag: **Als Mama einmal unsichtbar war.** Klett Kinderbuch, Leipzig 2023, 32 Seiten, Fr. 25.90. Ab 4 Jahren.



Sicher kein Äffchen!

«Vor drei Monaten habe ich einen kleinen Bruder bekommen.» Ungefragt. Mama kümmert sich um den kleinen Affen und zu mir sagt sie meist nur noch «ja, ja». Dem Mädchen reichts, es packt den Rucksack, beschriftet eine Pappschachtel mit «Kind zu verschenken», setzt sich hinein und malt sich seine Zukunft aus. Eltern, die nur sie liebhaben, Bedienstete, Partys mit Freunden – und sicher keinen Affenbruder! Passantinnen gehen achtlos vorbei. Warten, warten, nichts passiert, selbst die kreativen Ideen für Werbung taugen nichts. Dann kommt ein Hund, auch er auf der Suche nach einem neuen Platz. Später eine Katze. Danach eine Schildkröte. Abnehmer finden sich weiterhin keine. Oder doch? Es zeigt sich, dass Tiere einfacher zu vergeben sind. Schildkröte und Katze müssen alsbald aus der ergänzten Aufschrift gestrichen werden. Selbst der Hund, von seinem glücklichen Besitzer wieder nach Hause gebracht. Immer tiefer versinkt das arme Kind in der Schachtel. Und dann? Selber schauen! Den schlichten, skizzenartigen Illustrationen wird viel Raum gegeben – ideal für Erstlesende. *so*.

Hiroshi Ito: **Kind zu verschenken!** Moritz Verlag, Frankfurt am Main 2023, 120 Seiten, Fr. 19.50. Ab 6 Jahren.



Scheu wie ein Vogel

«Vorlesen ab 6 Jahren» steht bei der Altersangabe zu dieser Publikation, die sich mit autistischen Kindern befasst. Nadia Calamida, Illustrationsgrafikerin und betroffene Mutter, hat das Buch geschrieben und gestaltet. Mit einer Erzählung und ergänzenden kindgerechten Erklärungen zu



Autismusspektrumsstörungen will sie «Mut machen, Kontakt zu autistischen Menschen, die nicht sprechen können, zu suchen, mit ihnen zu spielen, ihnen die Welt zu erklären». Dazu ist eine begleitete Lektüre sinnvoll.

Birk, ein Zweitklässler, beobachtet, wie gegenüber eine neue Familie einzieht. Er freut sich auf den Kontakt zu einem gleichaltrigen Jungen, merkt aber bald, dass das ein schwieriges Unterfangen ist. Alvin kann nicht sprechen, verhält sich eigenartig, versteht nicht, was man ihm sagen will. Seine Eltern nutzen für die Verständigung Piktogramme. Es gibt Dinge, die er gut kann: klettern, einen Ball prellen, den Handstand auf dem Trampolin machen. Birk lernt allmählich, wie er auf ihn zugehen kann, langsam, ruhig, abwartend. Ob das für eine Freundschaft reicht?

Susi Oser

Nadia Calamida: **Alvin, willst du mein Freund sein?** Baeschlin-Verlag, Glarus 2023, 60 Seiten, Fr. 19.90. Ab 8 Jahren.

Krimi der Woche



Saisonende im Hotel McKinnon im schottischen Hochland. Die Koffer von Remie Yorke, der Managerin des Hotels, sind gepackt, sie kann ihre Abreise kaum erwarten. In 72 Stunden soll für sie in Übersee ein lang ersehntes neues Leben beginnen. Doch ausgerechnet am letzten Arbeitstag bricht

ein immenser Schneesturm los. Das Hotel wird von der Aussenwelt abgeschnitten, keine Zufahrt, kein Telefon, kein Internet mehr. Dank dem Notstromaggregat können Remie und die zwei letzten Gäste einigermassen zurechtkommen. Allerdings wird Alex Coben seit dem Frühstück vermisst – ihre Rolle im Plot wird erst am Ende klar. Hat sie auf eigene Faust versucht, wegzukommen? Oder

hat sie sich auf einem Spaziergang verirrt und ist anderswo untergekommen? Oder Schlimmeres?

Mitten in den Sturmturbulenzen bittet jemand um Einlass ins Hotel. Nach einigem Zögern lässt Remie den Gast ein. Der sagt, er sei Polizist, während eines Gefangenentransports sei er verunfallt, deshalb die Verletzungen. Der höchst gefährliche Gefangene sei beim Unfall entkommen und könnte jederzeit ebenfalls im Hotel auftauchen und Schutz suchen. Remie prüft den Ausweis und ist dankbar für den Polizeischutz. Der Officer probiert, ob er im dritten Stock Handyempfang aufbauen kann. Derweil begehrt eine weitere Person Einlass ins Hotel. Remie, vorsichtig und misstrauisch geworden, sieht, dass wiederum ein verletzter Polizist Unterschlupf sucht und Schutz anbietet. Er weist sich ebenfalls als Constable Gaines aus.

Remie wird klar, dass der eine zum Helfen kam, der andere zum Töten. Es wird mir als Leserin lange nicht klar, welches der echte Gaines ist – ich pendle zwischen beiden, das verstärkt

die Spannung. Item, einer der «Gaines» will sich auf den Weg zum Unfallort machen, Remie und Jai, der zweite Hotelgast, begleiten ihn. Die Geschichte nimmt rasant Fahrt auf, zu verraten, wie es weitergeht, wäre nicht fair. Wichtig ist, dass in eingeschobenen Erzählsträngen über die Familie von Remie berichtet wird. Der geliebte Bruder Cameron sass im hotelnahen Gefängnis Porterfell ein und starb vor einem Jahr während eines Aufstands. Um ihn regelmässig besuchen zu können, hatte Remie die Stelle im Hotel überhaupt angenommen. Es ist berührend, wie stark sie sich mit Cameron verbunden fühlte, trotz vielerlei Blödsinn, den dieser angestellt hatte. Die Geschichte ist zwar ziemlich konstruiert, aber ich habe mich in diesem Hitzesommer beim Lesen über den gigantischen Schneesturm echt abkühlen können.

Marianne de Mestral

Martin Griffin: **Zwei Fremde.** Bastei Lübbe 2023, 285 Seiten, 19.90 Franken.

Beschwörung

In symbolhafter Nähe zur Wirkstätte des Zürcher Reformators beschwört Nils Amadeus Lange mittels einer mystisch-rituellen Performance die Kräfte einer anderen Glaubenserneuerin.

Als Universalgelehrte wird Hildegard von Bingen beschrieben. Sie soll im Mittelalter eine profeminiistische Neuinterpretation der Lehre der Ursünde dahingehend angestrengt haben, dass aus der bis dato Eva zugeschriebenen Alleinschuld ein gemeinschaftlicher Paarakt wurde. Sie soll die Sexualität mit ihren Wallungen von ihrer Schandhaftigkeit befreit haben, eine ausgesprochene Kenntnis der Wirkung von Heilkräutern gehabt haben und darüber hinaus die Verortung von Gott als strafender Instanz hin zu einem liebenden Schöpfer verändert haben. Und vieles andere mehr. Trotzdem wurde sie von der katholischen Kirche zur Heiligen erklärt und bis heute verehrt. Diese nachgerade subversive Kraft schwört Nils Amadeus Lange mit dem nach ihr benannten Projekt in einem regelrecht heidnisch erscheinenden Ritus herauf. Die beiden

Sänger:innen Catherine Schroeder und Mario Espinoza füllen die Helferei-Kapelle mit liturgischen Gesängen, was einen Grundstein für eine ehrfürchtige Zeremonie legt. Darüber drücken die Performer:innen Lisa Candinas und Flo Schlessmann in einer Mischung aus expressivem Ausdruckstanz und einer mystisch-urigen, nachgerade naturgewaltigen Symbolhaftigkeit die Anbetung ihrer Kräfte, ihres Geistes, ihres Beistandes aus. Weihrauch trifft auf Stöckelschuhe, bunte Hollandholschuhe erden die Bewegungen der in

raffiniert einfach-verspielten Gewändern und ausladendem Kopfputz steckenden Performer:innen. Froh wirken die Gesichter verblüffenderweise nicht, sondern vielmehr angestrengt-entrückt, als hätten sie einen Trancezustand bereits erreicht und seien nicht mehr ganz von dieser Welt. Weidenzweige verweisen auf die Natur, ein blecherner Gong symbolisiert den räumlich über den Raum des Beschwörungsaktes hinauszeigenden Drang einer Verbreitung einer hehren Lehre. Allein die konkrete Adressatin, die von dieser imaginären Kraft zu einem Wandel angeregt bis verlockt werden will, bleibt unangesprochen. Der Zeitgeist und die bisherigen Arbeiten von Nils Amadeus Lange legen die Vermutung nahe, ein grundsätzliches Neudenken der bisher einer rein binären Logik von anti/pro folgenden Debatte um die Auflösung von Genderfestzurrung könnte ursächlich als wünschenswert komplett frei und neu also subversiv zu interpretierend gemeint sein. Als sehr lose formulierter Hinweis darauf, dass bahnbrechende Veränderungen anzustossen schon vor tausend Jahren möglich war, ohne darüber hingerrichtet worden zu sein. *froh.*

«Hildegard von Bingen», 2.9., Kapelle der Helferei, Zürich.



(Bild: Nils Amadeus Lange)

Fabel



Zehn Schauspieler:innen auf der Bühne des Keller62 wirken eingeschränkt in ihrer Bewegungsfreiheit, was aber inhaltlich gut zu Bohumil Hrabals «Scharf beobachtete Züge» passt.

Böhmen in den letzten Tagen der nationalsozialistischen Besatzung. Der winzige Bahnhof und die bürokratisch begründete überbordende Anzahl von Funktionsträger:innen ergeben einen Kontrast, der bereits für komisch angesehen werden kann. Genauso wie die ganze Geschichte der sexuellen Erweckungseuphorie eines schüchternen jungen Mannes, der darüber letztlich seinen Kopf verliert, eine anklagend analytische Ebene mit einer lebensentrückt-verträumten Komponente vermischt.

Ein tragikomisches Spiel der tschechischen Theatergruppe Radar (mit deutschen Übertiteln), in dem Hoffnung als Ort der letzten Zuflucht bereits vorausseilend abgedankt hat. Der Bahnhofsvorsteher züchtet lieber Tauben, als für Ordnung zu sorgen. Als ihm Nazi-Scheren zur Aufsicht vor die Nase gesetzt werden, sinkt sein Arbeitseifer erst recht ins Bodenlose. Dort, wo der seines ersten Untergebenen bereits rumlungert und vom aufsässig sexualisierten ergo sexistischen Interesse an allem, was den Anschein von weiblich erweckt, verdrängt worden ist. Die junge Kondukteurin nutzt dessen Tunnelblick für ihren eigenen

Zweck, kokettiert und reizt und verliert ständig ihre Billetzange. Jeder einzelne Zug wird mit sämtlichen technischen Details, der Aufzählung der Stopps seit der Abfahrt und jenen bis zur finalen Destination angekündigt, ein mehr oder minder properes Kleinkomitee steht ans Gleis, auf dem dann zuletzt eh nie irgend etwas fährt. Im Zweifel feiern die höheren Herren, ihre Feindschaft vergessend, die allgemeine Sinnlosigkeit mit sehr, sehr viel Alkohol und derben Sprüchen.

In diese Situation kommt ein Jüngling in die Lehre. Zu schüchtern, um eine eigene Meinung zu haben, zu angewidert von der ihn umgebenden Szenerie, als dass er eine Veränderung reklamieren wollen würde. Allein die Frau vom Telegrafenturm versucht, ihn amourös um den Finger zu wickeln, was ihn körperlich wiewohl psychisch komplett überfordert. Erst der Raffinesse der älteren Partisanin erliegt er und erfährt via des umfassenden Glückserlebnisses eine Euphorie, die ihn als unverwundbaren Helden fühlen lässt und sein Schicksal besiegelt.

Die Theatersprache von Radar erinnert in der simplen, aber wirklichen Figurenzeichnung an Volkstheater, das darauf aus ist, für alle verständlich zu sein, ohne darüber einen Schalk in der Mimik oder der läppischen Übertreibung zu vernachlässigen. Die Tragik des Inhalts erfährt dadurch eine komische Subkomponente, die auch wirkt, als sollte das Leben nicht von Ernst allein erfüllt sein. *froh.*

«Scharf beobachtete Züge», 1.9., Keller62, Zürich.

«Die meisten Menschen sind von Natur aus sowenig reflektiert wie böse»

«Stranger in the Village» ist ein intellektuell herausfordernder Essay von James Baldwin über Rassismus aus den 1950er-Jahren. Céline Eidenbenz versucht mit der gleichnamigen Ausstellung im Aargauer Kunsthaus seine dicht verwobene Analyse mittels erneuter Auffächerung in Einzelaspekte in eine Nachfühbarkeit zu überführen.

Thierry Frochaux

Zuvorderst steht die einnehmende Präsenz von James Baldwin (1924–1987). Pierre Koralnik konnte ihn für die RTS zehn Jahre nach Erscheinen des Essays für eine inszenierte Rezitation des Textes vor der Kamera gewinnen. Dem brillanten Denker quasi bei der Wortfindung zusehen zu können, steigert die empathische Bereitschaft, in die folgende Auseinandersetzung mit einer ungeheuren Komplexität sowohl intellektuell wie auch emotional offen zu starten. Es sind in der Folge wiederum filmische Werke wie «Weisse Augen, Schwarze Haut» von Sirah Nying, worin verschiedene Personen Einblick in ihr Erleben von Alltagsrassismus und den daraus erwachsenen Konsequenzen für das Selbstbild vermitteln, die helfen, eine etwaig davon abweichende eigene Wahrnehmung perspektivisch zu öffnen. Ein filigraner Stuhl, der von einem Wust von einseitiger Last aus dem Gleichgewicht gezwungen und zu Fall gebracht wird, wie die Installation «Stone Throw» von Igshaan Adams, entwickelt durch dieses geschärfte Verstehen erst seine monströse Symbolkraft.

Verunsicherung first

Nicht alle Werke fächern ihre Deutbarkeit derart leicht verständlich vor einem auf. Darin ist die Gruppenausstellung ähnlich differenzierend wie James Baldwins Brandrede. In der Wirkung des Rätsels darüber aber, ob die wandfüllende Arbeit «Mubayn» von Olga Titus vielleicht als Einladung für die Neujustierung einer Paradiesvorstellung zu verstehen sein könnte, entwickelt die durch ein Advisory Board begleitete Auswahl erst die beabsichtigte Verunsicherung, der im Idealfall ein sich Hintersinnen folgt. Mit Niki de Saint Phalles «Black is different – Black is also me now» steht gegen Ende des Rundgangs eine Versicherung der vollumfänglichen Loyalität einer Grossmutter an ihre Enkelin, was auch Hoffnung impliziert. Erkenntnis wäre keine Frage des Alters, sondern vielmehr der Bewusstwerdung. Geschichtsbewusstsein indes wird zwischen bleischwer und augenzwinkernd von Notta Cafilish eingefordert, wenn sie für «White Gold» Baumwolle in die Form eines Goldbarrens presst. Die



Dem brillanten Denker James Baldwin quasi bei der Wortfindung zusehen zu können, steigert die empathische Bereitschaft, in die folgende Auseinandersetzung mit einer ungeheuren Komplexität sowohl intellektuell wie auch emotional offen zu starten. (Pierre Koralnik: «Un étranger dans le village», 1962, Video 29', RTS, Foto: David Aebi)

Halbwertszeit von Irrtümern etwa benennt Uriel Orlow mit «Geraniums are never red», die die Lieblingsfensterbankblumen der Schweizer:innen seit ihrem Erstimport im 17. Jahrhundert als botanisch fehlerhaft verortete Pelargonien outet. Was auch der ablehnenden Argumentation, die an sich schmerzlose Umgewöhnung der Benennung eines Schokokusses stünde für einen unerlaubten Eingriff gegenüber der «Immer schon so»-Bezeichnung ebendieser Süßspeise reichlich Wind aus den Segeln holt.

Lustvolle Anregung second

Etlche Werke verkehren, wie James Baldwin in seinem Text, mit grosser Selbstverständlichkeit den Standpunkt von der als Mehrheit angenommenen weissen Perspektive, und dies häufig durch die Hervorrufung eines komischen Erstreflexes. Die fotografischen Verfremdungen von Hochglanzportraits zu körperlich versehrten Monsterfratzen von James Bantone mit «Fools of the north» sind regelrecht bizarr. Die Selbstbefragung einer jungen Frau nach der ausgeprägtesten Schönheit im Land in «Mirror, Mirror» von Carrie Mae Weems beantwortet das Märchenorakel

mit «Snow white, you black bitch, and don't you forget it», was eine noch weiter gesteigerte Raffiniertheit ausdrückt und die Komik rasch in Tragik überführt. Sehr einprägsam ist die direkte Gegenüberstellung «Good Twin, Evil Twin» von Lorna Simpson: Zwei identische Fahndungsfotos tragen statt eines Gesichts jeweils die Etikettierung «Gu-

Sinnigerweise benennt diese plakative Einschätzung Eigenschaften, die je nach Perspektive oder Bedarf genausogut auf der gegenüberliegenden Tabellenhälfte zu stehen kommen könnten.

ter Zwilling»/«Schlechter Zwilling» und darunter folgt je eine Aufzählung von Gründen, die zu dieser plakativen Einschätzung führen. Sinnigerweise benennen diese wiederum Eigenschaften, die je nach Perspektive oder Bedarf genausogut auf der gegenüberliegenden Tabellenhälfte zu stehen kommen könnten. Nicht zuletzt zeigt die Ausstellung auch Positionen von stolzer Selbstermächtigung – auch bezüglich des Kunstmarktes – wie die Serie «Zulu Kids» von Namsa Leuba, wo Kinder auf Podesten in traditionellen Gewändern universelle Empfindungen in ebensolch verständlichen Posen ausdrücken wie Hoffnung, Stärke oder Geduld. Das Haus selbst stellt übrigens die eigene Sammlungstätigkeit auf einer nahezu leeren Wand mit vielen Bildleerstellen und einem einzigen Gemälde (einer Schenkung) eine:r nichtweissen Künstler:in als bislang nicht ausreichend achtsam dar und führt auf, welche Massnahmen aktuell/künftig ergriffen werden, um die eigene Perspektive der Kunstbetrachtung auszuweiten.

«Stranger in the Village. Rassismus im Spiegel von James Baldwin», bis 7.1.24, Aargauer Kunsthaus, Aarau. Katalog in Vorbereitung.

Bedrohungslage

Herr, das Sommerloch war sehr gross. Leg deinen Schatten auf die Sonnenuhren, und auf den Fluren lass endlich mal diesen Wahlkampf los. – Gut, gibts da unseren Armeechef, der das Loch füllen half und, so wie der Bucheli von süttig vielen Grad am Schatten schwadronierte, ebenfalls mit hohen Zahlen um sich warf, wonach sich dann allerdings nur der Bucheli entschuldigte, warum auch immer. Allerdings: 13 Milliarden in fünf Jahren sind eigentlich ein Schnäppchen, wenn wir dafür die beste Armee der Welt bekommen, oder zumindest eine, die den Russen aufhalten und damit unseren Wohlstand «nicht nur ein paar Wochen» retten wird. Prognosen sind offenbar immer schwierig, vor allem wenn sie das Wetter und die Bedrohungslage betreffen. Ich hab den Bericht des Armeechefs nicht gelesen, im Gegensatz zum letzten Sicherheitsbericht des Bundesrates, aus dem ich aber auch nicht schlau wurde. Was ich vorab nicht verstehe: Die Schweiz ist gänzlich umzingelt von Nato-Staaten. Der Russ', so er denn bei uns einmarschieren möchte, muss zuerst da durch. Egal, ob zu Fuss oder in der Luft: Zuerst bekommt er Lämpe mit der Nato, lange bevor unsere Leoparden, Geparden, Tiger, Feldhamster oder wie sie alle heissen, zuschnappen. Und wie der Cyberbedrohung begegnet werden soll, wo wir das ja nicht mal in diesen Tagen hinkriegen, ist mir schleierhaft, auch wenn wir noch so viel Geld hineinbuttern. Apropos: Meine Adresse können

Sie neuerdings im Darknet kaufen, wie mir meine Krankenkasse freundlich mitteilte, denn leider sei sie gehackt worden. Das sei jetzt wirklich saublöd gelaufen, und da bei ihnen die Sicherheit meiner Daten «höchste Priorität» (sic!) hätte, sei ihnen das auch entsprechend scham- par peinlich. Mit freundlichen Grüssen.

Langsam mache ich mir Sorgen. Die effektiven und die gefühlten Bedrohungen stimmen nicht überein.

Richtig bedroht fühle ich mich dennoch nach wie vor eher durch das Wetter, das man langsam nicht mehr vom Klima unterscheiden kann. Während die ganze Klimamiserie immer absehbarer wird und die Leute langsam genug davon haben, nützt sich auch das Reden darüber ab. Während der Armeechef immerhin begriffen hat, dass er die akute Bedrohung in der Ukraine für seine Wunschliste nutzen muss, scheint das beim Klima irgendwie nicht zu funktionieren. Die Rufe nach einem Notstand verhallen ungehört, Klimakleber:innen sind jetzt plötzlich Täter:innen statt Opfer, von mehr Milliarden zur Anpassung oder gar zur Vermeidung kann man nur träumen, und ein entsprechender Wille

bei den politischen Mehrheiten dieses Landes ist schon gar nicht vorhanden. Natürlich können wir in dieser Lage auf die Herbstwahlen hoffen, bzw. darauf, dass bis dahin – soo lange ist es ja nicht mehr – noch so einiges an Mobilisierung und Motivierung stattfinden wird. Denn langsam mache ich mir Sorgen. Die effektiven und die gefühlten Bedrohungen stimmen nicht überein. Preissteigerungen bei Mieten, Krankenkassen und Lebensmitteln sind real, genauso wie der Fakt, dass die Löhne und Renten damit nicht Schritt halten. Hitze und Dürre einerseits, Hangrutsche und Überschwemmungen andererseits sind (teilweise sogar tödlich) real, siehe Schwanden, in weiter Ferne sind dagegen die Russen, der Untergang des Abendlandes wegen Wokeness oder gar eine irgendwie geartete «Umvolkung». Von daher sind die falschen Parteien im Aufwind. Kommt hinzu: «In Gefahr und grösster Not, ist der Mittelweg der Tod» (Logau), wie man schon im Barock wusste, und daher akzeptiere ich es doppelt nicht, wenn die Herbstwahlen nicht zu Schicksals-, sondern sogar zu Bedrohungswahlen werden sollten.



Markus Kunz

Reklame

**FÜRS KLIMA
GRÜNE WÄHLEN**

AM 22. OKTOBER IN DEN NATIONALRAT
DANIEL LEUPI IN DEN STÄNDERAT

GRÜNE
LISTE 3

V.L.N.R.: MERET SCHNEIDER, BALTHASAR GLÄTTLI,
KATHARINA PRÉLICZ-HUBER, BASTIEN GIROD, ANNA-BÉATRICE
SCHMALTZ, DANIEL LEUPI, MARIONNA SCHLATTER